Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3051. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Welsing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 72 | Montag, den 12. März | Jahrgang 1928

Sozialdemokratie und katholische Arbeiterschaft.

Von

Jos. Andre, M. d. R., Stuttgart.

Die Wahlen stehen vor der Türe. Die Sozialdemokratie versucht politische Eroberungen zu machen. Die tiefste Ursache, warum es in Deutschland überhaupt zu einer Koalition mit der Rechten kam, liegt darin, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich überhaupt nicht mehr an der Regierung beteiligen wollte. Aus diesem Grunde mußte vor der Bildung der letzten Regierung Marx das Kabinett der Mitte, bei dem die Sozialdemokratie der stille Teilhaber war, gestürzt werden. Erfahrungsgemäß laufen bestimmte sozialdemokratische Wählerkreise ihrer Partei davon, wenn diese an der Regierung beteiligt ist. Sie halten nur zu ihrer Partei, wenn sie in Opposition steht. Mit diesem Mangel an staatspolitischer Gesinnung und Schulung weiter Wählerkreise mußte die sozialdemokratische Führung schon seit Jahren rechnen — und sie hat damit gerechnet! Besonders die katholische Arbeiterschaft wird im kommenden Wahlkampf umworben sein. Der sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann schrieb darüber:

„Die katholische Kirche gab und gibt sich die erdenkliche Mühe, dem Sozialismus die Kampffront aufzudrängen: „Hie Christentum — hie Heidentum" Wir verharren in der Antwort: „Nein! hie Katholizismus und hie Arbeiterpolk! Und in diese Front der Sozialisten gehören alle Ausgebeuteten, gehören Gläubige und Freidenker zusammen!"

Soweit Sollmann! Er irrt aber. Zunächst hat es die katholische Kirche nicht notwendig, den Sozialdemokraten diese Kampffront aufzudrängen, denn das besorgen die Sozialdemokraten schon selbst mit ausreichender Gründlichkeit. Man nehme nur die Weihnachts-, Oster- und Pfingstnummer der sozialdemokratischen Presse in die Hand, dann ist die Kampffront schon da! Die Sozialdemokratie steckt auch heute noch voll von antireligiöser, ja selbst religionsfeindlicher Propaganda.

Hinsichtlich der Vertretung wirtschaftlicher Interessen braucht die christliche Arbeiterschaft keine sozialistischen Stützen. Die katholische Arbeiterschaft ist insbesondere stark genug, um sich auf sozialem Gebiet durchzusetzen. Wer Einblick in die Zusammenhänge der gesetzgeberischen Arbeiten hat, der weiß, daß die eigentlichen Fortschritte auf dem umfangreichen Gebiet der Sozialpolitik gerade durch die oft führende Mitarbeit christlicher Arbeiterabgeordneter erzielt worden sind. Im übrigen hat die deutsche Sozialdemokratie nicht die innere Macht zu einer wahren Reformpartei gefunden. Der Sozialismus kann nicht als eine Weltanschauung angesehen werden, die den Schwung zu einer baldigen und nachhaltigen Aufwärtsentwicklung der Menschheit im allgemeinen und der Arbeiterschaft im besonderen in sich birgt. Den neuen Menschen, den sozialistischen Menschen, der auch der Allgemeinheit gibt, was sie braucht, hat der Sozialismus als Massenerscheinung noch nicht hervorgebracht. Der heutige Sozialismus ist praktisch außerstande, die Wirtschaft schöpferisch umzugestalten; der russische Versuch spricht nicht für Wiederholungen!

Um Menschen mit wirklicher Gemeinschaftsgesinnung zu schaffen und solide Gemeinschaftsarbeit zu leisten, bedürfen wir nicht des Sozialismus als einer neuen Religion, jenes Sozialismus, der zudem für die Kulturarbeit der christlichen Kirche bis jetzt keinerlei Verständnis aufgebracht hat. Zur Meisterung und Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und Notstände besitzen die Lehren Christi viel mehr Kraft, als der in den Klassenkampfideen befangene Sozialismus. Welch' gewaltige Kraftquellen für den Aufbau und Neubau der menschlichen Gesellschaft könnten gerade von den breiten Arbeitermassen Deutschlands ausgehen, wenn sie nicht durch das Irrlicht Sozialismus in ihrer staatspolitischen und sittlichen Stoßkraft unterhöhlt und dem religiösen Lebensnerv entfremdet worden wären?

Was hat die antireligiöse Einstellung der Sozialdemokratie der Arbeiterschaft bis jetzt überhaupt genützt? Sind etwa durch sie die Löhne erhöht, ist die Lage der Arbeiterschaft durch sie irgendwie verbessert worden? Hat die Arbeiterfamilie durch die religiöse Entfremdung etwa an Glück gewonnen? Ach nein! Irgendwelche wirtschaftliche Vorteile ließen sich mit allen antireligiösen Einstellungen nicht erzielen! Was aber haben weite Arbeiterkreise durch die religiöse Entfremdung verloren? Ich antworte kurz: Oft viel Familienglück und Familienfrieden; viel Jugendreinheit und Schönheit; viel Sonntagsfreude und Sonntagsfriede; viel religiöse Erbauung; sittliche Ertüchtigung und geistige und seelische Freude!

Ich bin kein Heuchler und Frömmler! Ich weiß, daß es auch viele sozialdemokratische Familienväter und Mütter gibt, die in Frieden und Eintracht miteinander leben. Ich weiß ferner, daß es leider auch im christlichen und katholischen Lager ungesunde Familienverhältnisse gibt, weil da und dort zuviel Scheinreligion oder oberflächliches Kirchenchristentum besteht. Trotzdem kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß das Christentum eine einzige große sittliche Kraftquelle ist, aus der alle Volkskreise schöpfen können und mit der keine anders gestaltete Volksbewegung oder Organisation den Vergleich aushalten kann. Wenn daher der Sozialismus wirklich das Ziel verfolgen würde, die arbeitende Bevölkerung glücklich zu machen, dann müßte er für die Religion und deren möglichst umfangreiche Auswirkungen auf das ganze gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben eintreten. Kirche und Religion sind keine Hindernisse für den wirtschaftlichen Aufstieg der breiten Volksmassen, sondern sie sind Wegbereiter für diesen Aufstieg, Pfadweiser für möglichst viel Menschen — und Familienglück. Es gibt eben keine andere zweite Macht mehr auf der Welt, die so wie das Christentum geeignet ist, auf alle Menschen sozial versöhnend, sittlich festigend und zugleich verpflichtend, Stände zusammenfassend und gesellschaftsbildend und -hebend einzuwirken. Mit tiefem Bedauern kann ich nur feststellen, daß leider diese Erkenntnis den sozialdemokratischen Führern weitgehend fehlt. Darin fußt dann der tiefste Gegensatz zwischen christlicher und sozialdemokratischer Arbeiterführung. Ich achte und anerkenne jede ehrliche Ueberzeugung; auch jene der Weltanschauungssozialisten! Die Tatsache bleibt aber doch bestehen, daß die Sozialdemokratie schon viel Wasser in ihren sozialistischen Wein hineingeschüttet hat, d. h. ihre sozialen und wirtschaftlichen Grundsätze haben starke Dehnungen erfahren, um sie realpolitischer Verwendbarkeit entgegenführen zu können. In einer Beziehung aber hat sich der Sozialismus dem starren System verschrieben und das ist eben seine Einstellung zu den kulturpolitischen Fragen. Unsere und der Sozialisten Weltanschauungen sind unvereinbar. Die Gegensätze gehen tief.

Die katholischen Arbeiter kämpfen mit ihrer Kirche für die Heiligkeit und Unauflösbarkeit der Ehe; die Sozialdemokratie aber kämpft für die Erleichterung der Eheschließung und Ehescheidung! Die katholischen Arbeiter kämpfen für die Erhaltung und Sicherung der konfessionellen Schule; die Sozialdemokratie aber kämpft für deren Beseitigung; sie tritt für eine Schule ein, aus der das Wort „Gott" und Gotteswort „verbannt" ist. Muß das sein? Nützt das dem schaffenden Volk und seinen Kindern? Solche Fragen und Feststellungen berühren schmerzlich. Die katholische Arbeiterschaft tritt für den gesetzlichen Schutz des keimenden Lebens ein; die Sozialdemokratie aber kämpft für die Ausmerzung dieser Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch. Die katholische Arbeiterschaft kämpft für die Schaffung des sozialen Volksstaats auf republikanischer Grundlage; die Sozialdemokratie aber fordert die sozialistische Staatsform als Endziel; mit ihr hört jede wirtschaftliche, bürgerliche und persönliche Freiheit zu bestehen auf (siehe Rußland!). Die katholische Arbeiterschaft lehnt den Klassenkampf von Oben und Unten als unchristlich und unsozial ab; die Sozialdemokratie aber fordert und fördert ihn prinzipiell und parteitaktisch. Klasse gegen Klasse! Wer die politische Gewalt hat, kommandiert! Die Minderheit ist ohne berechtigten Schutz! Die katholische Arbeiterschaft kämpft für den gerechten sozialen Ausgleich und für wahre Demokratie; die Sozialdemokratie aber will die Herrschaft der Masse unter ihrer alleinigen Führung.

Diese Gegenüberstellung der Gegensätzlichkeiten mag genügen. Abg. Sollmann hat aber bestimmt nicht recht, wenn er behauptet, Gläubige und Freidenker gehören zusammen! Dieses ist um so weniger notwendig, als wir in der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung eine starke Waffe in der Hand haben, um den Auswüchsen des Kapitalismus erfolgreich begegnen zu können. Die katholische Arbeiterschaft braucht der Sozialismus nicht, um wirtschaftlich, sozial und kulturell voranzukommen. Die katholische Kirche als geistige Macht, die christliche Arbeiterbewegung als sozialwirtschaftlicher Faktor, und die deutsche Zentrumspartei als politischer Träger unserer politischen Aufgaben und Ziele bieten in ihrer Zusammenfassung und Auswirkung viel mehr, als was uns der zielunklare und unsichere Sozialismus je zu bieten vermag.

Bleibt noch die Frage, ob der Sozialismus in seiner heutigen Struktur und mit seiner materialistischen Geschichtsauffassung überhaupt in der Lage ist, den kapitalistischen Zeitgeist mit Erfolg bekämpfen zu können. Wo der Sozialismus praktisch in wirtschaftlichen Fragen etwas zu sagen hat, handelt er auch vielfach nach denselben kapitalistischen Grundprinzipien. Abg. Sollmann sagte in seinem Artikel u. a.:

„Die ins Ueberweltliche reichende katholische Kirche kann nicht im Sozialismus aufgehen und die nur mit den Wirklichkeiten einer bestimmten Epoche der Menschheitsgeschichte rechnende Sozialdemokratie, die nur an diesseitige Kräfte sich wendet, kann weder einer Kirche noch einem sonstigen weltanschaulichen System angegliedert werden."

Von Interesse ist, daß Sollmann selbst dem Sozialismus die Aufgabe stellt, nur mit den Wirklichkeiten einer bestimmten Epoche der Menschheitsgeschichte rechnen zu können. Die katholische Kirche aber bleibt; ihre göttliche und soziale Mission ist weltumfassend und nicht an bestimmte Zeitepochen gebunden! Deshalb bleiben wir bewußt katholische Arbeitnehmer, halten als solche zusammen und lehnen den Sozialismus ab, weil er uns nichts Besseres zu geben, sondern nur viel zu nehmen vermag. Wir sind über den alternden Sozialismus, der sich auch in Rußland in seiner Reinkultur nicht bewährt hat, hinausgewachsen!

Wir lehnen den Sozialismus aber nicht nur ab, sondern wir bekämpfen ihn auch, weil wir seine Grundlagen für falsch, seine Methoden für verfehlt und sein ganzes marxistisches Lehrgebäude für nicht durchführbar halten. Der Sozialismus wendet sich immer nur an die sachlichen Verhältnisse; er glaubt weiter mit Gesetzen aller Art die Menschheit glücklich zu machen. Wer aber die Welt bessern will, muß bei den Menschen anfangen. Schaffen wir edelgesinnte Menschen, wahre Christen und die soziale Frage wird gelöst. Eine Zuständereform durch Gesetze allein genügt uns aber nicht, damit läßt sich das große Gebot der Liebe nicht erfüllen! „Das andere Gebot aber ist diesem gleich; du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!" Solche Worte kennt und übt der Sozialismus über seine Kreise hinaus nicht; deshalb fehlt ihm die gesellschaftsbildende und erhaltende seelische Kraft. Darum lehnen wir den schillernden Sozialismus in seiner ganzen inneren Hohlheit ab. Unsere Parole heißt: Durch soziale Erneuerung zur nationalen Einheit!

Sechs deutsche Ingenieure in Sowjetrußland verhaftet.

Unter angeblichem Sabotageverdacht

Moskau, 10. März. Im Donezgebiet wurden sechs deutsche Ingenieure wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Sabotage-Angelegenheit in den Kohlengruben, darunter drei von der A. E. G., verhaftet. Der Vertreter des Wolffbüros erhielt vom hier anwesenden Direktor der Rußlandabteilung der A. E. G. die Auskunft, daß die verhafteten Ingenieure als ehrenhafte Wissenschaftler bekannt seien. Die A. E. G. habe sie nur ungern in die Sowjetunion geschickt, da sie schwer ersetzbar waren. Sollte, wie zu erwarten, hinsichtlich der verhafteten Ingenieure der Sabotageverdacht als unbegründet nachgewiesen werden können, so würden sich zukünftig große Schwierigkeiten ergeben, Ingenieure zu finden, die geneigt wären, hierher geschickte Maschinen aufzumontieren. Der Vertreter des Wolffbüros betont, daß die ausländischen Grubeninteressen im Donezgebiet vor dem Krieg hauptsächlich in französischen und belgischen Händen lagen.

★

Intervention des deutschen Botschafters.

Berlin, 10. März. Die Pressemeldungen, denen zufolge in der Ukraine (Donez-Gebiet) eine Reihe von Verhaftungen, u. a. auch deutscher Ingenieure und technischer Angestellter, wegen ihnen zur Last gelegter Industriesabotage erfolgt ist, treffen zu. Der deutsche Botschafter in Moskau hat in dieser Angelegenheit die erforderlichen Schritte eingeleitet. Zur Zeit liegt eine genügende Aufklärung der Angelegenheit noch nicht vor.

★

Rykow über die Vorgänge im Donez-Gebiet.

:: **Moskau, 11. März.** (Meldung der Tel. Ag. der Sowjetunion.) In seinem in der Vollversammlung der Moskauer Sowjets erstatteten Bericht erklärte Rykow hinsichtlich des Komplotts in der Kohlenindustrie im Donezbecken u. a.: In die Angelegenheit seien auch ausländische Staatsbürger verwickelt. Er fuhr fort: Ich will nicht den Gedanken zulassen, daß deutsche oder englische Firmen, die mit uns arbeiten, sich selbst mit solchen Dingen befaßten, es ist jedoch festgestellt, daß unter den Angestellten und Agenten einer Auslandsfirma sich direkte Teilnehmer an dieser gegenrevolutionären Verschwörung befinden. Einige dieser ausländischen Fachmänner sind verhaftet und werden dem Gericht übergeben werden.

★

Sehr peinlicher Eindruck in Berlin.

◆ **Berlin, 11 März** (Drahtb. unserer Berl. Redakt.) Die Direktion der A. E. G hat unmittelbar, nachdem ihr telegraphisch mitgeteilt worden war, daß drei ihrer technischen Angestellten wegen angeblicher gegenrevolutionärer Verschwörungen verhaftet wurden, den Leiter ihrer Ostabteilung nach Moskau entsandt, um sich über die tatsächlichen Vorkommnisse zu informieren und, so weit wie möglich für Aufklärung zu sorgen. Die drei in Frage kommenden Techniker sind, wie der „Montagmorgen" berichtet, vor etwa drei Monaten von der A.E.G. in das Donezgebiet entsandt worden, um dort den Einbau einer großen Turbinenanlage in einem Elektrizitätswerk zu leiten. Die Arbeiten waren bereits so weit vorgeschritten, daß das Werk demnächst seiner Bestimmung übergeben werden sollte. Die Leitung der A.E.G. entläßt alle Beamte, die in ihrem Auftrag nach Rußland fahren, mit der ausdrücklichen Verpflichtung, sich unter keinen Umständen mit russischer Politik zu befassen. Darüber hinaus ist man in der Leitung der A.E.G. aber auch überzeugt, daß die drei Techniker sich nicht etwa auf eigene Faust auf irgend welche Abenteuer eingelassen haben. Ueberhaupt ist die ganze angebliche gegenrevolutionäre Wirtschaftsverschwörung, die in Rußland als gewaltige Sensation behandelt wird, vorerst noch in geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Der amtliche Sowjetbericht sagt nur ganz allgemein, die Verschwörer hätten die Absicht, im Falle eines ausländischen Krieges gegen Rußland alle technischen Anlagen des Donez-Gebietes total zu zerstören, bis dahin aber die Leistung der Gruben und Anlagen durch Sabotage aller Art auf ein möglichst geringes Maß herabzudrücken.

Wie aus Bochum gemeldet wird, hält die Firma Koppel, die im Donezgebiet 10 Personen beschäftigt hat, es für ausgeschlossen, daß die sorgfältig ausgewählten Angestellten in Rußland Politik betrieben haben. Auch die Firma Karl Still in Recklinghausen, die im Donez-Gebiet Kohlendestillationsanlagen baue, habe keinerlei Nachrichten über Verhaftungen von ihren Ingenieuren.

Die Aktion der Sowjetregierung gegen deutsche und ausländische Ingenieure wird, wie der „Montag" ausführt, von maßgebenden deutschen politischen Kreisen lediglich unter dem Gesichtspunkt bewertet, daß die Moskauer Regierung wieder einmal eines innerpolitischen Manövers bedarf, um die Fehler, die im Aufbau des wirtschaftlichen Sowjetsystems gemacht sind, zu entschuldigen. Es macht einen sehr peinlichen Eindruck in Berlin, daß die russische Regierung dieses Manöver ausgerechnet in der Zeit versucht, in der die Kommission der Sowjetregierung mit der deutschen Regierung über wirtschaftliche Fragen verhandelt. Wenn die Sowjetregierung deutsche Ingenieure in Rußland weiter auf diese Weise bedroht, dann kann von einer Anbahnung gesunder wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Berlin und Moskau kaum mehr die Rede sein.

Bergrutschkatastrophe in Brasilien.

Ueber 200 Tote.

Zahlreiche Häuser zerstört.

Rio de Janeiro, 10. März. Nach Blättermeldungen aus Santos sind durch einen Bergrutsch auf Mont Serrat große Verwüstungen angerichtet worden. Zahlreiche Häuser und viele Straßen sind verschüttet worden. Man hat bis jetzt über 20 Leichen geborgen.

:=: **Rio de Janeiro, 10. März.** Der Erdrutsch im Mont Serrat-Gebirge, der heute früh schon einsetzte, hat nach neueren Meldungen den Charakter einer großen Katastrophe angenommen. Die Zahl der Todesopfer wird mit 200, in verschiedenen Meldungen sogar mit 300 angegeben.

© **Rio de Janeiro, 11. März.** Ueber den Bergrutsch wird aus Santos weiter gemeldet: Der Abhang des Monserrat-Berges setzte sich gestern früh gegen 5,30 Uhr in Bewegung. Obgleich die Bevölkerung auf die Möglichkeit eines Bergrutsches hingewiesen worden war, war doch kein Anzeichen dafür vorhanden, daß eine solche Gefahr unmittelbar drohe. Ungeheure Erdmassen und herabrollende Steine drangen bis in die Straßen von Santos und nötigten die Bewohner zur Flucht. Viele wurden zweifellos im Schlafe in ihren Betten von der Katastrophe überrascht. Nach den bisherigen Schätzungen wurden über 200 Menschen getötet und 16 Häuser zerstört. Unter den fast ganz zerstörten Häusern soll sich das Krankenhaus in Santa Rosa befinden, und man vermutet, daß viele der Kranken getötet worden sind. In Rio de Janeiro hat die Nachricht von dem Unglück große Bestürzung hervorgerufen.

Die Freigabebill von Coolidge unterzeichnet.

:|: **Washington, 10. März.** Mit der heutigen Unterzeichnung der Vorlage über die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Vermögens durch Präsident Coolidge hat diese nunmehr Gesetzeskraft erlangt. Die Vorsitzenden der Budgetausschüsse des Repräsentantenhauses und des Senats Green und Smoot, drückten ihre große Befriedigung darüber aus, daß diese schwierige, viele Jahre heftig umstrittene Frage endlich zur Zufriedenheit beider Länder gelöst sei.

Im Staatsdepartement wurde erklärt, daß man, nachdem die Freigabebill nun Gesetz geworden sei, demnächst Verhandlungen mit der Deutschen Reichsregierung über die Zahlung der-

der Ententeregierung vom 26. Februarischen

spätet angemeldeter Ansprüche amerikanischer Bürger beginnen werde. Es wurde jedoch betont, daß ein großer Teil dieser Forderungen von Leuten komme, die in Papiermark spekulierten und ihre Verluste ersetzt haben wollten. Derartige Forderungen erachte die Regierung der Vereinigten Staaten als **nicht eintreibbar**. Sie werde sie daher gar nicht erst einreichen.

Dr. Köhler über die Phöbus-Affäre.

× **Hildesheim**, 10. März. Reichsfinanzminister Dr. Köhler hielt heute hier im katholischen Gesellenhaus eine Rede über das Thema: „**Die Aufgaben der deutschen Zentrumspartei.**“ Der Minister kam zunächst auf die Koalition zwischen Zentrum, Deutscher Volkspartei und den Deutschnationalen zu sprechen, die jetzt gelöst werden mußte, da in der Frage des Reichsschulgesetzes keine Einigung mit der Deutschen Volkspartei erzielt werden konnte. Wir betrachten es als großen Gewinn, so führte er aus, daß unsere seit acht Jahren betriebene **Außenpolitik bei den Deutschnationalen** nicht nur schweigende, sondern auch **aktive Zustimmung gefunden** hat. In der Schulfrage kann es für das Zentrum kein Zurück geben. Zu den Angriffen gegen die Regierung wegen der **Phoebus-Film-Angelegenheit** erklärte der Minister, die jetzige Regierung habe an diesen sowohl nach der sachlichen wie nach der personellen Seite hin tief **beschämenden Vorgängen** keinerlei Anteil. Er habe, als er im Sommer vorigen Jahres im Urlaub Kenntnis von der Angelegenheit erhalten habe, sofort beim Reichsfinanzministerium feststellen lassen, daß auch in seinem Amte von einer Beteiligung irgendwelcher Art garnichts bekannt sei. Erst im Verlaufe der auf Wunsch des Reichskanzlers vom Präsidenten des Reichsrechnungshofes Dr. Saemisch vorgenommenen Untersuchung habe er davon Kenntnis erhalten, daß **ein früherer Finanzminister eine Bürgschaftsurkunde** in Höhe von mehreren Millionen Mark **unterzeichnet** habe. Von dieser Tatsache **sei im Reichsfinanzministerium bis zu dem angegebenen Zeitpunkt niemandem etwas bekannt gewesen.** Auch die Akten des Amtes enthielten keinerlei Hinweis auf die eingegangenen Verpflichtungen. Er habe es während der ganzen Untersuchung der Angelegenheit strikte abgelehnt, irgendwelche Mittel zur Abwicklung der Phoebussache oder der mit ihr zusammenhängenden Dinge zur Verfügung zu stellen. Die eingetretenen **Millionen-Verluste** für das Reich seien außerordentlich bedauerlich. Eine hieraus hergeleitete und in der Oeffentlichkeit deklarierte „Mißwirtschaft“ könne aber wohl kaum auf das Konto der jetzigen Regierung geschrieben werden. Die **Finanzen des Reiches** seien, wie der Minister weiter ausführte, **trotz der außerordentlich harten Anspannung gesund**. Die Finanzierung der Ausgaben des Notprogramms sei absolut einwandfrei. Von einem **vollständigen Aufzehren einstiger Reserven** könne dabei **keine Rede** sein. Den Etat des Reiches auf Grund einer vorsichtigen und sparsamen Wirtschaftsführung unter allen Umständen im Gleichgewicht zu halten, sei die vornehmste Aufgabe des Finanzministers gewesen und er glaube, daß er dieser Aufgabe gerecht geworden sei. Im übrigen stecke **noch eine recht starke Reserve in dem Siritusmonopol**. Eine sparsame öffentliche Wirtschaft sei selbstverständlich dringend erforderlich, aber nicht etwa, weil die öffentliche Wirtschaft jetzt maßlose Verschwendung treibe, sondern weil die Lasten des verlorenen Krieges uns außerordentlich schwer drücken.

Die Deckungsvorschläge des preußischen Finanzministers.

Berlin, 10. März. Der Hauptausschuß des preußischen Landtages verhandelte heute über den Haushalt der **allgemeinen Finanzverwaltung**. Der **Fehlbetrag** für 1927 wird 13,8 Millionen betragen, der aus dem **Betriebsmittelfonds** gedeckt werden kann. Das für 1928 veranschlagte Defizit von 73,6 Millionen ermäßigt sich durch Mehrüberweisungen vom Reiche wie durch höhere Einnahmen aus der Forst- und Justizverwaltung auf etwa 1,5 Millionen, wozu noch einige Mehrausgaben für die Landwirtschaft und durch besondere Beschlüsse des Landtages kämen. Das **Gesamtdefizit** soll angesichts der voraussichtlich **geringen Höhe auf den Ausgleichsfonds** übernommen werden. Finanzminister Dr. **Höpker-Aschoff** ging von der Mitteilung aus, daß der Etat für 1928 ins Gleichgewicht gebracht werden könne durch die **Einstellung von 40 Millionen aus früheren Ueberschüssen** und durch **Veranschlagung der Steuereinnahmen** auf Grund der **höheren Schätzungen** des Reiches, keinesfalls dürfe man aber mit den Schätzungen höher greifen als das Reich. Der Minister machte dann Mitteilungen über die **Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich über die Eisenbahnabfindung**, das Reich bot den Ländern eine Beteiligung mit einem Viertel an den Stammaktien an. Die Länder legten natürlich Wert auf eine Dividende und zwar von wenigstens 3 Proz., die das Reich nicht zugestehen wollte. Es giebt noch eine andere Möglichkeit der Entschädigung der Länder, die der Aufwertung des Restkaufgeldes in Höhe von 5 Milliarden. Reichskanzler Dr. **Luther** wollte dieses Restkaufgeld mit 500 Millionen bewerten, entsprechend dem Goldwert bei Abschluß des Vertrages. Die Länder forderten aber **mehr**. In letzter Zeit sollten wieder Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister stattfinden, die aber abgeblasen wurden, da der Reichsfinanzminister als Mitglied eines nur noch geschäftführenden Kabinetts diese politischen Dinge nicht mehr angreifen will. Der Finanzminister erklärte sodann zu einem Antrag der Deutschen Volkspartei bezüglich **monatlicher Finanzübersichten**, daß Preußen seine Uebersichten bereits aus gestaltet habe. Das Reich hat den Wunsch, auch die **süddeutschen** Länder möchten solche Uebersichten veröffentlichen und in Verhandlungen soll das genaue Schema **einheitlich** festgelegt werden. Gleichartige Veröffentlichungen der Gemeinden ständen im Zusammenhang mit dem Weg der Gemeinden zu neuen Anleihen. Die Gemeinden sträuben sich auch nicht und der Bilanzausschuß der Länderkonferenz wird in kürzester Frist in dieser Beziehung Vorschläge machen. Der Minister wandte sich darauf gegen den Vorwurf, **Preußen sorge nicht für die Gemeinden**. Die Beteiligungssumme der Gemeinden an den Staatseinnahmen sei im Laufe der Jahre 1925/28 der Summe der reinen Staatseinnahmen immer näher gerückt. Hinzukomme, daß die Grunderwerbssteuer mehr Erträgnisse abwerfe, obwohl der Steuersatz gesenkt worden. Unter Beachtung der hohen Ausgaben für Wohlfahrtszwecke habe der Staat die Gemeinden nicht zu kurz gehalten. Zum Schluß beschäftigte sich der Minister mit den Forderungen des deutschen Städtetages auf Veränderung der Anteile des Staates und der Gemeinden an der Hauszinssteuer und auf Veränderung des Finanzausgleichs überhaupt. Er erklärte die Erfüllung der Forderungen für unmöglich. Der Finanzausgleich müsse noch ein Jahr weiter in Geltung bleiben.

Abg. **Hecken** (Dn.) stimmte den Deckungsvorschlägen des Ministers zu, mahnte aber angesichts der steigenden Daweslasten zu **größter Vorsicht**. Die Eingabe des Städtetages sei sehr beachtlich. Der Redner begründete Anträge auf **Senkung der Realsteuer** und **Erhöhung der Provinzialdotationen**.

Abg. Dr. **Schmedding** (Z.) bedauerte, daß der Betriebsmittelfonds durch die Hedwigshütte aufgezehrt sei.

Abg. **Collosser** (W. V.) wandte sich **gegen die Finanzpolitik der Städte**, die vielfach das erforderliche Verantwortungsbewußtsein vermissen lasse.

Abg. **Neumann-Frohnau** (D. Vpt.) forderte Vorlegung einer Denkschrift über die Wirkungen des Finanzausgleichs auf die Gemeinden bis zum 1. Oktober.

Reformarbeiten bei der Post.

Die Prüfung der Filme.

× **Berlin**, 10. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Einzelaussprache über den Haushalt des Reichsministers des Innern beim Kapitel „**Filmoberprüfstelle**“ fort. Diese wird im Nebenamt von einem Referenten des Reichsinnenministeriums versehen, der dafür eine Vergütung von 900 ℳ erhält. Für die Filmprüfstelle Berlin sind 126 790 ℳ, für die in München 25 435 ℳ angefordert. Berichterstatter Abg. Dr. **Schreiber** (Ztr.) bringt die **Besorgnis vor einer Amerikanisierung der Filme**, der Typisierung z. B. durch das american girl zum Ausdruck. Er fragt, ob nicht mit Hilfe der Filmsteuer ein Schutz erreicht werden könne. Recht grobe **Geschmacklosigkeiten** seien z. B von der Münchener Filmstelle durchgelassen, schlimmer als sie Berlin gestatte. Abg. Frau **Bohm-Schuch** (S.) beantragt, den Ansatz von 900 ℳ auf mindestens 1500 ℳ für die Filmoberprüfstelle zu erhöhen. In München wurden in einem Monat nicht mehr Filme geprüft als in Berlin an einem Tage. Abg. **Rosenbaum** (K.) schiebt die Schuld an der Amerikanisierung auf die Prüfstellen. Der Film „Potemkin“ werde z. B. immer noch behördlich verfolgt, weil er angeblich kommunistischen Zielen diene. Er fordert die Streichung der Prüfstellen.

Reichsminister des Innern von Keudell teilte mit, daß, nachdem die Einfuhrbeschränkung der ausländischen Filme in Wegfall gekommen wäre, in Aussicht genommen sei, durch erneute Prüfung der steuerlichen Belastung das zu tun, was im Interesse der deutschen Filmindustrie nötig sei. Daß dabei das Interesse an der Erhaltung und Förderung der Lehr- und Kulturfilme im Vordergrunde bleiben müßte, sei selbstverständlich. Er hoffe, daß man bei den Verhandlungen mit den beteiligten Ressorts zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen werde. Die Beschleunigung der Prüfungen bei den Prüfstellen werde erstrebt. Die württembergische Regierung habe kein generelles Verbot des „Potemkin“-Films erlassen. Wenn die Aufführung in einer Gemeinde unmöglich gemacht sei, so bleibe dem Kinobesitzer überlassen, sich an die württembergische Regierung zu wenden.

Ministerialdirektor **Pellengahr** gab davon Kenntnis, daß von den 3172 geprüften Filmen 37 **Filme** d. h. **1,2 Prozent, verboten** seien. Die Kapitel werden genehmigt.

Es folgen die Kapitel der „**Oberprüfstellen für Schund- und Schmutzschriften**“. Abg. **Mumm** (Dtn.) ersucht um eine Erweiterung des Kreises derer, die Anträge stellen könnten. Die Landesjugendämter wirkten dabei beinahe als Hemmnisse.

Reichsminister Dr. v. Keudell wies auf die kurze Zeit des Bestehens des Gesetzes hin, sodaß ein abschließendes Urteil noch nicht gestattet sei.

Die Kapitel wurden genehmigt. Eine längere Aussprache knüpfte sich an das Kapitel „Technische Nothilfe“. Trotz sozialdemokratischer und kommunistischer Kritik wurde das Kapitel genehmigt. Der Betrag für die studentische Wirtschaftshilfe wurde von 3 Millionen auf 3 800 000 ℳ erhöht, davon 300 000 ℳ für die **Studienstiftung** und 500 000 ℳ für den Bau von **Studentenhäusern**. Im Nachtragshaushalt wurden die Mittel für die **studentische Wirtschaftshilfe** von 3¾ auf 4,2 Millionen erhöht.

Auf Empfehlung des Abg. **Külz** (Dem.) wurde in einer Entschließung die Einführung einer **Kulturabgabe von Kunstauktionen** zu Gunsten der bildenden Künstler und Geistesarbeiter verlangt.

Die 100 000 ℳ zur Behebung der **Notstände der deutschen Kunst** wurden auf 225 000 ℳ erhöht. Davon 50 000 ℳ für die deutsche Kunstgemeinschaft.

Ministerialdirektor Dr. **Lotholz** bekämpfte Anträge, für die **Junglehrer** 5—8 Millionen zu bewilligen mit dem Hinweis darauf, daß das **Landessache** sei. Für die Fortbildung der Junglehrer wurden schließlich 300000 ℳ bewilligt.

Auf Antrag des Abg. **Thomsen** (Dn.) wurde die Summe zur **Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche** von 400 000 ℳ auf 800 000 ℳ erhöht.

Die Mittel für das **Auslandsdeutschtum** wurden um 250 000 ℳ auf die vorjährige Höhe gebracht. Desgleichen wurde die Nachtragssumme von 2 750 000 ℳ zur Unterstützung besonderer kultureller Aufgaben im Interesse des Deutschtums bewilligt.

Nach Befürwortung durch einen demokratischen Abgeordneten wurden als **Zuschuß zu der Presse** 250 000 ℳ in den Etat eingestellt. Zahlreiche Anträge, die Beihilfen für die Grenzgebiete verlangen, wurden dem Unterausschuß überwiesen, nachdem Ministerialdirektor Lotholz erklärt hatte, daß es sich um 20 bis 30 Millionen handele, für die Deckung nicht vorhanden sei.

Die beim **Gesetzsammlungsamt** eingesetzten Einnahmen werden von 100 000 ℳ auf 200 000 ℳ erhöht. Ferner wird eine Resolution genehmigt, diesen Betrieb und die Landesaufnahme durch den Sparkommissar nochmals prüfen zu lassen.

Es folgt die Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums.

Reichspostminister Dr. **Schätzl** machte Ausführungen über die Reformarbeiten der Reichspost. Die **Verkehrseinrichtungen** zeigen durchgängig eine **starke Aufwärtsentwicklung**. Der **Kraftwagenverkehr** der Reichspost werde mit 7 600 Kraftomnibussen auf einer Streckenlänge von 31 500 Kilometern betrieben, im **Postscheckverkehr** der **Geldumsatz** mehr als **verdoppelt**. Die **Luftpost** werde auf 80 Verbindungslinien betrieben. Das **Fernsprechwesen** habe sich gegenüber 1913 verdoppelt. Z. Zt. seien 56 v. H. der **Telegraphen- und Fernsprechleitungen** verkabelt, der **Selbstanschlußbetrieb** umfasse bereits mehr als ein Viertel der Anschlüsse. Das **Funkwesen** werde für Presse und Wirtschaft, namentlich für den **Auslandsverkehr** zunehmend nutzbar gemacht. Im letzten Sommer sei die **Sprechverbindung mit Argentinien** eingeleitet, vor einem Monat der Fernsprechverkehr mit **Nordamerika** eröffnet worden, der **Rundfunk** umfasse bereits über zwei Millionen Teilnehmer. Die **Zahl der Post- und Fernsprechstellen** werde planmäßig vermehrt, die Dienststunden erweitert, die **Zustellverhältnisse** verbessert. Die Rationalisierungsmaßnahmen erstrecken sich auf die **Zusammenfassung der örtlichen Betriebe**, die Verwendung zeit- und arbeitsparender Betriebsmittel, die Mechanisierung der Verkehrseinrichtungen, die Normalisierung der Betriebsmittel, die Vereinfachung der Betriebs- und Geschäftsformen, die Neugestaltung des Beschaffungswesens unter weitestgehender Zentralisation der Preisgestaltung bei Dezentralisation der Bestellungen. Durch die Rationalisierung wurden im **Jahre 1926 4000 Kräfte, 1927 1200 Kräfte entbehrlich**; während die Steigerung des Verkehrs seit 1913 im Brief- und Paketdienst etwa 31 v. H., bei der Personenbeförderung 500 v. H., im Postscheckverkehr 330 v. H., im Fernsprechbetrieb 90 v. H. betrug, ist die Kopfzahl des gesamten Personals von 394 000 im Jahre 1920 auf 295 000 im Jahre 1927 gefallen. Die Rationalisierungsmaßnahmen haben hiernach angesichts des gewaltig gestiegenen Verkehrs zu einem **starken Abbau des Personals** geführt. Durch **Erhöhung der Zuständigkeit der Oberpostdirektionen** wird sich der Personalstand des Ministeriums um **113 Kräfte verringern**. Auf dem **Welttelegraphenkongreß in Paris**, ferner auf dem Kongreß für das internationale Funkwesen in **Washington** hat Deutschland in einflußreicher Weise mitgewirkt. Die Reichspost ist unausgesetzt bestrebt, im Gleichschritt mit den anderen Völkern der Erde den ihr gebührenden Platz im Weltverkehr zu behaupten.

Berichterstatter **Torgler** (Komm.) fragt, wie der Postminister sich zur **Entwicklung der Tariflöhne**, die unbedingt zu erhöhen seien, stelle.

Mitberichterstatter Abg. **Morath** (D. Vp.) fragt, wie es mit den Haushaltungen über das **Reichspost- und Finanzgesetz** stehe. Hoffentlich gelingt es dem Minister nun, an den Anleihemarkt heranzukommen.

Abg. **Allekotte** (Ztr.) bemerkt, der Ablieferung der 100 Millionen an die **Reichskasse** stimme seine Fraktion zu. Für den Abschluß der **neuen Tarife** bitte er rechtzeitig die Initiative zu ergreifen, damit keine Störungen eintreten. Seine Fraktion werde sich streng an das Notprogramm halten, auch bezüglich der Personalien.

Nach weiterer Debatte erklärte **Reichspostminister Dr. Schätzl**: Das **Reichspostfinanzgesetz ist nicht in das Notprogramm aufgenommen worden**. Das wenig schöne an diesem Gesetz ist der Dualismus zwischen Reichstag und Verwaltungsrat. Dabei kommen beide wohl zu ihrem Recht, nicht aber der Postminister, denn der ist dabei der Puffer zwischen beiden. Will man an dem Grundsatz festhalten, daß die Post sich selbst unterhalten soll, so muß der Reichstag die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit die Post ihre Ausgaben durch Einnahmen decken kann. Zur Zeit ist es der Post nicht möglich, mehr Anleihe unterzubringen als vorgesehen sind. Wir können die Post nicht als rein kaufmännisches Unternehmen behandeln, denn dann müßten wir eine Reihe von unrentablen Betriebszweigen abbauen. So den Telegraphenverkehr, zur Zeit auch den Postscheckverkehr. Auch das Kraftpostwesen deckt nur die Kosten. Es solle keine Einnahmequelle bilden, sondern nur zur Verbesserung des Betriebs dienen. Die **Verminderung der Zahl der Oberpostdirektionen** beruht auf einer Entschließung des Reichstages. Dabei könne es sich nicht um ein einseitiges Vorgehen der Post handeln, sondern um ein Vorgehen im gleichen Schritt mit den übrigen Behörden im Programm der Verwaltungsreform in Reich und Ländern.

Der Minister bekannte sich als unbedingten **Anhänger des Berufsbeamtentums**, namentlich im Hinblick auf die Pflicht zur Wahrung des Briefgeheimnisses und der Erfüllung wichtiger Staatsaufgaben. Was dem Beamten recht sei, müsse dem Arbeiter billig sein. Eine **Erhöhung der Löhne** halte auch er für **angebracht**. Die Tätigkeit des Sparkommissars unterstütze er mit allen Kräften. Sie habe bereits gute Ergebnisse gezeitigt. Von vielen Seiten sei ihm der Vorwurf gemacht worden, daß er in die **Mode der weiblichen Kleidung eingegriffen** habe. Hierbei handele es sich weder um eine Mode noch um eine Uniform, sondern um eine einheitliche Regelung der seit langem bestehenden **Schutzkleidung** für das weibliche Personal. Die Frage habe nur eine soziale und dienstliche Bedeutung. Die Schutzkleidung müsse etwas länger sein als die darunter befindliche Straßenkleidung. Im übrigen sei **diese Anregung von der weiblichen Beamtenschaft selbst ausgegangen**.

Nach kurzer weiterer Aussprache wurde der Haushalt der Reichspost und der Reichsdruckerei **genehmigt** und die **Denkschrift für die Verminderung der Zahl der Oberpostdirektionen zur Kenntnis genommen**.

Montag Etat des Reichsfinanzministeriums.

Keine Begegnung Dr. Stresemanns mit Litwinow.

:: **Genf**, 11. März. Die Gerüchte über **eine bevorstehende Begegnung zwischen Dr. Stresemann** und dem russischen stellvertretenden Volkskommissar **Litwinow in Genf** sind **durch ein Mißverständnis entstanden**. Wenn davon gesprochen wurde, daß zwischen dem Reichsminister des Aeußern und dem russischen Vertreter eine Begegnung stattfinden würde, so konnte es sich, wie der Sonderberichterstatter des VDZ.-Büros meldet, nur um eine Unterredung mit dem hier weilenden Referenten für Mitteleuropa **Boris Stein** handeln, der bekanntlich an den Arbeiten des Sicherheitskomitees als Beobachter der russischen Regierung teilnahm und auch zu der am nächsten Donnerstag beginnenden Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf bleibt. Diese Unterredung ist im Augenblick in Frage gestellt, da Herr Stein seit gestern mit Fieber das Bett hüten muß und Reichsminister des Aeußern, Dr. **Stresemann**, nach seiner langen Abwesenheit nunmehr durch dringende Geschäfte nach Berlin zurückberufen wird und seine **auf Montag abend festgesetzte Reise nicht weiter verschieben kann**. Andererseits **trifft** nach den heute abend hier vorliegenden Nachrichten **Litwinow erst im Laufe des Dienstag nachmittag ein**.

Unterredung mit Titulescu.

:: **Genf**, 11. März. Reichsarbeitsminister Dr. **Stresemann** hatte heute nachmittag mit dem rumänischen Minister des Aeußern **Titulescu**, in Gegenwart von Ministerialdirektor Dr. **Ritter** eine dreistündige Unterredung, bei der die zwischen den beiden Ländern bestehenden Fragen, insbesondere auch wirtschaftspolitischer Art, durchsprochen wurden. Es ist anzunehmen, daß der **rumänische Minister des Aeußern zur Fortsetzung der Verhandlung nach Berlin kommt**. Der Zeitpunkt steht jedoch noch nicht fest. Dr. Stresemann, der den heutigen Abend im Hause des deutschen Generalkonsuls **Aschmann** verbringt, wird nunmehr bestimmt Montag nachmittag Genf verlassen, um am Dienstag nachmittag mit der deutschen Delegation wieder in Berlin einzutreffen. (Siehe auch die an anderer Stelle veröffentlichten Meldungen über den Schluß der Ratstagung.)

Streit um 5 Millionen Dollar Sowjetgeld.

◎ **Washington**, 10. März. Die französische Botschaft teilte dem Staatsdepartement offiziell mit, daß die **französische Staatsbank**, die 1917 52 Millionen Francs in der Kaiserlich Russischen Reichsbank in Petersburg hinterlegt habe, die in Newyork von der Sowjetregierung **hinterlegten Goldbarren im Werte von 5 Millionen Dollar als ihr zustehend beanspruche**. Das Staatsdepartement nahm von dieser Forderung Kenntnis, es wird jedoch in der Sache nichts unternehmen, umso weniger, als das Schatzamt entschieden hat, aus Rußland kommendes Gold nicht zur amtlichen Abschätzung und damit nicht zur Verwertbarkeit zulassen zu wollen. Es wurde jedoch erwähnt, daß hierdurch die russisch-amerikanischen Handelsbeziehungen nicht berührt werden.

Ozeanflug von einem Dampfer aus?

Von unserer Berliner Redaktion.

+ **Berlin**, 11. März. (Drahtb.)

Wie aus Newyork gefunkt wird, sollen zwei Amerikanerinnen, die in den nächsten Tagen die Reise nach Europa mit dem Lloyddampfer „Columbus“ antreten, die Absicht haben, 600 Meilen von Bremen mit dem an Bord befindlichen Junkersflugzeug „Globetrotter“ aufzusteigen und über Bremen nach Berlin zu fliegen. Für das Unternehmen der beiden Amerikanerinnen hat man in Newyork angeblich großes Interesse.

Der Lloyddampfer „Columbus“, um den es sich handelt, ist eines der größten Schiffe der deutschen Handelsflotte. Im verflossenen Monat wurde er mit dem Flugzeug „Globetrotter“ ausgerüstet. Als er bei der ersten Fahrt mit dem Flugzeug die Newyorker Quarantäne passierte, stieg „Globetrotter“ unter Führung eines deutschen Fliegers auf und überflog die Freiheitsstatue. Das Flugzeug ging dann wieder neben dem „Columbus“ nieder und wurde wieder an Deck geholt. Das Flugzeug, das seitdem auf jeder Reise mitgeführt wird, dient dazu, den Reisenden Gelegenheit zu Rundflügen über den angelaufenen Inseln und Häfen zu geben. Der Norddeutsche Lloyd trägt sich mit der Absicht, auch noch andere Dampfer mit derartigen Flugzeugen auszurüsten. Am Samstag ist der „Columbus“ von Newyork nach Bremen abgefahren. Eine direkte Nachricht über die Absicht der beiden Amerikanerinnen ist dem Norddeutschen Lloyd bisher nicht zugegangen. Wie jedoch von der Direktion mitgeteilt wird, liegt es durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die beiden amerikanischen Fliegerinnen sich mit dem Plane tragen, auf offenem Meer im Flugzeug aufzusteigen und nach Berlin zu fliegen. Von Seiten des Norddeutschen Lloyd wird ein besonderes Hindernis nicht in den Weg gestellt werden, da ja jeder Passagier das Recht hat, sich den „Globetrotter“ für einen Flug zu mieten.

Raubüberfall auf einen Juwelierladen.

◆ **Hamburg**, 10. März. In vorgerückter Nachmittagsstunde begingen hier ein Mann und eine Frau einen **Raubüberfall auf einen Juwelierladen**. Sie ließen sich Ringe vorlegen. Plötzlich zog der Mann einen Revolver und riß unter Bedrohung der Geschäftsführerin das Tablett mit den Ringen an sich. Ein Angestellter des Geschäftes hielt die Mittäterin des Räubers fest, während die Geschäftsführerin dessen Verfolgung übernahm. Der Räuber gab **auf der Flucht zwei Schüsse** ab, durch die ein Passant schwer und ein anderer leicht verletzt wurde. Er wurde schließlich von einem Polizeibeamten **dingfest gemacht**.

Vermischte Nachrichten.

Ueberfahren und getötet.

● **Dortmund**, 11. März. Heute, Sonntag, gegen 21 Uhr, wurde der Bergmann W., als er mit seinem Fahrrad den Körnerplatz überqueren wollte, von einem Kraftwagen angefahren und auf die Straße geschleudert. Er wurde im Krankenwagen ins Luisenhospital gebracht, wo er sofort nach der Einlieferung an innerer Verblutung **starb**. Die Schuld an dem Unfall soll den Radfahrer selbst treffen, weil er nicht die nötige Umsicht beim Passieren des Körnerplatzes habe walten lassen und direkt vor den Kraftwagen gefahren sei.

Zwei Motorradbiebe getötet.

÷ **Dillenburg**, 10. März. Einen verhängnisvollen Ausgang nahm eine **Fahrt zweier Motorradbiebe** aus Siegen, eines Autoschlossers und seines Freundes, die gestern spät abends das vor einem Gasthaus in Siegen stehende Motorrad eines Bauführers stahlen und damit eine nächtliche Fahrt unternahmen. In der Nähe von Würgendorf fuhren beide in einer scharfen Kurve **gegen einen Baum**. Das Motorrad wurde vollkommen zertrümmert und die **beiden Fahrer sofort getötet**.

Schweres Streckenunglück bei Nizza.

◇ **Paris**, 10. März. Wie die Abendpresse meldet, sind auf der Brücke über den Siagne-Fluß bei Nizza **sechs Eisenbahnarbeiter** beim Ueberqueren der Gleise von einem Zuge erfaßt und **getötet** worden.

Ein zweiter Cavell-Film.

Noch schlimmere Hetze.

:=: **Brüssel**, 10. März. Einige Morgenzeitungen bringen Kritiken über den hier aufgeführten Cavell-Film. Die „**Nation Belge**“ kritisiert lebhaft die Filmtexte, die angeblich **Humanitätsdusel** seien. Diese Filmtexte klagen nicht Deutschland der Erschießung der Miß Cavell an, sondern vielmehr die **unerbittlichen Kriegsgesetze**. Die Erschießung wird auch nicht eine **deutsche Schandtat** genannt, sondern ein Greuel des Krieges gegen die **Zivilisation**. Neben dem Dawn-Film wird aber in einem anderen Brüsseler Lichtspielhaus ein **zweiter Film** über Miß Cavell gezeigt. Dieser gibt auch die Erschießung der Miß Cavell wieder, aber im Gegensatz zu dem ersten Film wird Miß Cavell **nicht ohnmächtig**. Sie wird durch einen gewissen Leutnant **Schartz** getötet. Die Legende von dem Soldaten, der sich **weigert**, zu schießen, wird hier **nicht gezeigt**, dagegen zeigt der Film deutsche Soldaten, die **morden, plündern und sengen**. Es war von vornherein anzunehmen, daß die Hetze, des englischen Cavell-Films gerade in Belgien nur die Haßinstinkte der Nationalisten wachrufen würde. Die Kritiken an dem infolge des Protestes der öffentlichen Weltmeinung gemilderten Film und dessen Ueberbietung durch einen zweiten Film, der sich aus den Haßabfällen des ersten zusammensetzen scheint, sind dafür der beste Beweis. Es erübrigt sich die Feststellung, daß beide Filme um ihrer beabsichtigten Tendenz willen, skrupellos **von der historischen Wahrheit abweichen**. Eine Nation aber, die ein völkerverhetzendes Filmwerk wie das letztgenannte duldet, scheint für die Sache des europäischen Friedens ein hoffnungsloser Fall zu sein.

Stadtverordnetenwahlen in Potsdam

Verdreifachung der sozialdemokratischen Stimmen.

Potsdam, 11. März. Die Potsdamer Wahlen zur **Stadtverordnetenversammlung** haben folgende Zahlen erbracht, die vielleicht noch eine Verschiebung um fünf oder zehn Wahlstimmen erfahren können: Deutschnationale 11 352 (1924: 11 969), Sozialdemokraten 9891 (3393), Deutsch-Soziale Partei 2253 (2462), Kommunisten 1590 (2290), Deutsche Sozialisten Partei (Kunze) 291 (1756), Demokraten 1173 (1363), Zentrum 893 (988), Bodenreformer 677 (0), Reichspartei für Aufwertung und Recht 270 (0), Christlichsoziale Volkspartei 489 (0), Nationalsozialistische Arbeiterpartei 481 (0), Handel, Gewerbe, Grundbesitz, Mittelstand 3537 (4000), Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung 125 (0).

Gegen die Forderung des Abg. v. **Rohr** (D. Ntl.) nach weiterer **Erhöhung der Provinzdotationen** für Straßenbauzwecke wandte sich der Finanzminister Dr. **Höpker-Aschoff** mit dem Hinweis auf die ständig gewachsenen Einnahmen der Provinzen. Das geplante Reichs-Hauszinssteuergesetz solle nicht nur ein Rahmengesetz werden, vielmehr solle das Reich an der Steuer beteiligt werden. Dagegen müsse sich Preußen wenden. Der Minister bemerkte noch, daß von Preußen gegen den Reichsgesetzentwurf über die **Abfindung der Standesherren** Aenderungsanträge im Reichsrat eingebracht seien. Das Gesetz werde aber schwerlich noch von **diesem** Reichstag verabschiedet werden. Auslandsanleihen für den Wohnungsbau halte er im allgemeinen für gefährlich, empfehle daher Pfandbriefabsatz im Ausland.

Der Haushalt wurde angenommen.

Nach einem zur Annahme kommenden Antrage sollen **Wartestandsbeamte**, die in Stellen von geringerem Diensteinkommen planmäßig eingestellt werden, für ihre Person die Dienstbezüge die sie in ihren früheren Stellen bezogen haben würden, erhalten. Annahme fand auch der Antrag, wonach bei Neubauten, die in der Zeit bis zum 1. Januar 1932 ohne Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln errichtet werden, für 10 Jahre von der staatlichen Grundvermögenssteuer zu befreien sind. Auch der Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift über die Wirkung des Finanzausgleichs fand Annahme, ebenso ein Antrag, dem Landtag eine Nachweisung über die Beteiligung an Hafengesellschaften, ihre Höhe und ihre erzielten Gewinne vorzulegen.

Damit war die Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung abgeschlossen.

Der Schluß der Ratstagung.

Die Erledigung des Ungarnkonfliktes.

Genf, 10. März. Nach der Vertagung der ungarischen Investigationsaffäre war heute die Märztagung des Völkerbundes beendet. Genau eine Viertelstunde genügt, um den ganzen Staub, den die St. Gotthardt-Affäre aufgewirbelt hatte, vorerst einmal niederzuschlagen. Der Berichterstatter, der holländische Außenminister Velaerts, hat in seinem Bericht einfach als Meinung des Dreierkomitees festgestellt, daß der Zwischenfall die volle Aufmerksamkeit des Rates verdiene, aber auch, daß es nötig sei, um wirklich einen vollständigen Bericht an den Rat zu erstatten, eine Reihe ergänzender Auskünfte über verschiedene Punkte anzufordern. Das Komitee wird gegebenenfalls von dem Recht Gebrauch machen, das ihm vom Rat zuerkannt worden ist, nämlich technische Sachverständige aus den Organen des Völkerbundes zu befragen, die auch an Ort und Stelle entsandt werden können, wenn das Komitee das zur Durchführung seiner Aufgabe für wünschenswert hält. Das Komitee wird in späteren Sitzungen das ganze auf diese Weise erlangte Material prüfen und dem Rat vor seiner Junitagung Bericht erstatten

Die Vertreter Rumäniens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens gaben ihre Zustimmung zu diesem Bericht. Der ungarische Vertreter, General Tanczös, fand die angeordnete Untersuchung zwar nicht nötig, erklärte aber, er sei sicher, daß, wenn das Komitee die Entsendung von Sachverständigen für notwendig halten sollte, die ungarischen Behörden diesen Sachverständigen ihre Aufgabe nach Möglichkeit erleichtern würde.

Festzustellen ist, daß der Völkerbundsrat mit der Spezialuntersuchung im Falle St. Gotthardt anstelle eines offiziellen Investigationsverfahrens einen Präzedenzfall geschaffen hat. Es dürfte sich hieraus die Frage ergeben, ob der Rat auch künftig eine ähnliche Maßnahme ergreifen kann, wenn in Genf eine Klage wegen Nichteinhaltung der Militärbestimmungen der Friedensverträge erhoben wird.

★

Besprechungen Dr. Stresemanns in Genf.

:: Genf, 10. März. Reichsminister Dr. Stresemann, dem im Laufe des Nachmittags der jugoslavische Außenminister Marinkowitsch einen Höflichkeitsbesuch abstattete, hatte heute abend mit dem polnischen Minister des Aeußern Zaleski eine eingehende Besprechung über die mit der Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen im Zusammenhang stehenden Fragen. Ebenso hatte er mit dem ungarischen Minister des Aeußern eine längere Unterredung, bei der das Ergebnis der Tagung und die beide Länder betreffenden Fragen erörtert wurden Mit dem rumänischen Minister des Aeußern Titulescu, der zur Zeit beklägerig ist, ist für Sonntag nachmittag eine Besprechung über deutsch-rumänische Fragen vorgesehen. Zu den Besprechungen war auch Ministerialdirektor Ritter, der Leiter der Handelsvertragsabteilung des Auswärtigen Amtes, hier eingetroffen. Mit Rücksicht auf diese Besprechungen, die sich möglicherweise auch noch auf Montag erstrecken werden, ist die Abreise der deutschen Delegation frühestens Montag abend zu erwarten.

★

Chamberlain über die Ergebnisse der Ratstagung.

— Genf, 10. März. Bei einem Empfang der Weltpresse erklärte Chamberlain, die ablaufende Ratstagung sei ein Beweis für die von Tagung zu Tagung zunehmende Kraft des Völkerbundsrates. Wenn dieser seine Entscheidungen den Staaten auch nicht mit Gewalt aufzwingen könne, so werde es doch für einen Staat immer schwerer, sich einer einmütigen Willenskundgebung des Rates zu widersetzen. Trotz der Erweiterung des Rates und trotz des Wechselns der ihm angehörenden Personen werde er immer einhelliger und immer mehr von dem Gedanken an seine gegenüber der ganzen Welt übernommenen Pflichten erfüllt. Das große Vertrauen, das auch die englische Regierung auf die hohe Unparteilichkeit und den realpolitischen Geist des Völkerbundsrats habe, ergebe sich ganz besonders daraus, daß in dem zwischen ihm und Sarwat Pascha verhandelten, leider von der ägyptischen Regierung nicht angenommenen Vertrag der Völkerbundsrat in einer ganzen Reihe für England lebenswichtigen Fragen als Schiedsrichter in letzter Instanz bestimmt wurde. Damit habe England sich im voraus zur Annahme von Entscheidungen, u. a. über die Sicherung seiner Seeverbindungen mit den Dominions und über den Standort der englischen Truppen in Aegypten, verpflichtet. Zur Entscheidung über den ungarisch-rumänischen Optantenstreit erklärte Chamberlain, daß die jetzt vom Völkerbundsrat einstimmig angenommene Entschließung im wohlverstandenen Interesse der beiden Länder von diesen angenommen werden sollte. Ungarn hätte vielleicht besser daran getan, die Empfehlungen vom letzten September anzunehmen, aber Rumänien dürfe überzeugt sein, daß der Rat sich niemals zu einer neuen Empfehlung entschlossen haben würde, die nicht ebenso sorgfältig auf die Interessen Rumäniens bedacht wäre wie die früheren. Das Hauptinteresse der beiden Länder sei nach seiner Auffassung der endgültige Abschluß eines Streites, der die politische Atmosphäre seit Jahren vergifte.

★

Unterzeichnung eines französisch-holländischen Schiedsvertrages.

— Genf, 10. März. Der französische Minister des Aeußern Briand und der holländische Minister des Aeußern Beelaerts van Blokland haben heute nachmittag nach Schluß der Ratstagung den neuen französisch-holländischen Schieds- und Vergleichsvertrag unterzeichnet, kraft dessen künftig alle Streitfälle zwischen den beiden Ländern nur auf friedliche Weise beigelegt werden sollen.

Die konfessionellen Gesellenvereine im Preußischen Landtage.

-l- Berlin, 10. März.

Bei Gelegenheit des Etats des Preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe bemühte sich der Abgeordnete Altegoer, für die Fortbildungsarbeit der Gesellenvereine Staatsunterstützung zu erlangen, und hatte mit Unterstützung der Zentrumsfraktion einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Dazu machte der Abg. Altegoer im Plenum des Landtags folgende Ausführungen:

„Meine Damen und Herren! Es sind von allen Parteien eine Reihe von Anträgen gestellt worden, die Mehrbewilligungen bei den einzelnen Etattiteln verlangten. Die meisten dieser Anträge wurden von dem dazu eingesetzten Unterausschuß wieder gestrichen.

Wenn ich auch das Prinzip der möglichsten Sparsamkeit anerkenne, so muß ich doch bedauern, daß im Hinblick auf die Genehmigung einzelner Mehrausgaben die verhältnismäßig geringe Ausgabe, die wir im Antrag 38 im Betrage von je 20 000 RM. für den Fortbildungsunterricht der katholischen und evangelischen Gesellenvereine forderten, vom Unterausschuß gestrichen worden ist.

Seit langen Jahrzehnten betreibt der katholische Gesellenverein, dessen Wirken ich seit 50 Jahren beobachten konnte, nicht allein die sozial-kulturelle, sondern auch die beruflich-fachliche Ausbildung seiner Mitglieder. Er hat im Laufe der Jahre dann vorzügliche Einrichtungen geschaffen.

Die Fachabteilungen der einzelnen Berufe leisten vorbildliche Arbeit für die Weiterbildung unserer Gesellen und sind eine wertvolle Ergänzung und praktische Fortführung der Arbeit unserer Berufsschulen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Tausende junger Handwerker erweitern jedes Jahr in den Gesellenvereinen ihr fachliches Können und Wissen. Leider wurde diese Entwicklung durch den Krieg und in der Nachkriegszeit weitgehend in Gefahr gebracht. Alle Maßnahmen auf diesem Gebiet sind schwierig und kostspielig geworden.

Durch neue Arbeitsmethoden sind neue Maschinen notwendig geworden und die Fortbildung muß sich darauf einstellen. Die Gesellenvereine sind durch die Geschehnisse der Vergangenheit arm geworden und können diese Einrichtungen aus eigener Kraft nicht schaffen. Mit neuem Mut haben sie aber die Fortbildung ihrer Mitglieder aufgenommen Es bestanden im katholischen Gesellenvereinsverband im Jahre 1926 810 Kurse mit 14 946 Teilnehmern und 3406 Fachvorträge wurden gehalten.

In Anbetracht dieser Leistungen beantragen die Zentralstellen der Vereine Staatsunterstützung und wir unterstützen diesen berechtigten Wunsch durch unseren Antrag wie folgt:

„Aenderungsantrag zur zweiten Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für das Rechnungsjahr 1928, Dr Dr. Porsch, Altegoer und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Zentrumspartei. Der Landtag wolle beschließen: Im Kapitel 51 der dauernden Ausgaben — Sonstige Ausgaben — sonstige Angelegenheiten der Handels- und Gewerbeverwaltung — ist nach Titel 51 folgender neue Titel 51a einzufügen: Jährliche Subvention zur Hälfte (20 000 R.-Mk.) für die Zentralstellen der Verbände der katholischen und evangelischen Gesellenvereine zur Förderung des gewerblichen Unterrichts = 40 000 R.-Mk."

Wir bitten das hohe Haus, diesen vorstehenden Antrag anzunehmen und dadurch die segensreiche Arbeit der Gesellenvereine für die Ausbildung des Handwerkernachwuchses zu unterstützen. (Bravo im Zentrum.)

Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 10. März. Die neueingesetzte Schlichterkammer für den Konflikt in der Berliner Metallindustrie hat einen Schiedsspruch gefällt, in dem u. a. folgendes festgesetzt wird.

Die Stundenlöhne und Akkordverdienste der Werkzeugmacher werden in den einzelnen Betrieben oder Betriebsabteilungen mit dem Arbeiterrat unter Hinzuziehung von Vertretern der Werkzeugmacher einer Nachprüfung unterzogen. Sofern in einzelnen Betrieben eine Vereinbarung schon erfolgt ist, verbleibt es bei dieser. Die Nachprüfung hat sich ganz allgemein auf die Angemessenheit der Löhne und Akkorde zu erstrecken. Auch Erhöhungen der Verdienste ganzer Gruppen sind bei nicht ausreichender Höhe vorzunehmen. Kommt zwischen der Betriebsleitung und der Vertretung der Arbeiterschaft keine Einigung zustande, wird eine von den beiden Vertragsverbänden eingesetzte paritätische Kommission die Akkordberechnungsgrundlage für die einzelnen Werkzeugmachergruppen festsetzen. Dabei gilt für die Werkzeugmacher der Klasse 1 des Tarifvertrages vom 4. Mai 1921 ein Akkordberechnungssatz von 1 Reichsmark für 60 Minuten und für solche Werkzeugmacher über 21 Jahre ein Mindeststundenlohn von 1 Reichsmark. Die Nachprüfung hat in den seit dem 27. Februar 1928 bestreikten Betrieben innerhalb einer Woche, in den anderen mit Rücksicht auf die größere Zahl innerhalb drei Wochen zu erfolgen. Der Manteltarifvertrag wird durch eine Reihe von Bestimmungen über die Akkordarbeit ergänzt. Die Arbeit wird zum kürzesten Termin aufgenommen. Der Streik gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses im Sinne des Tarifvertrages. Maßregelungen finden nicht statt. Erklärungsfrist bis zum 12. März 1928, 10 Uhr vormittags.

Die Arbeiter lehnen den Schiedsspruch ab.

Berlin, 10. März. Die erweiterte Ausstandsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm heute abend noch zu dem neuen Schiedsspruch des Schlichters Stellung und kam nach mehrstündiger Beratung zu dem Beschluß, auch diesem Schiedsspruch nicht die Zustimmung zu geben, weil die festgesetzten Löhne nicht den Wünschen der Werkzeugmacher entsprächen.

Ein letzter Einigungsversuch.

!! Berlin, 11. März. (Drahtb. unserer Berliner Redaktion.) Reichsarbeitsminister Brauns hat die Parteien im Streit der Werkzeugmacher der Metallindustrie auf Montag mittag zu einer neuen Verhandlungen eingeladen, in der ein letzter Einigungsversuch gemacht werden soll, bevor der Reichsarbeitsminister darüber beschließt, ob er den am Samstag gefällten Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Der Schiedsspruch ist von der Streikleitung der Werkzeugmacher abgelehnt mit der Begründung, daß der festgesetzte Mindestlohnsatz von 1,— Mark für die Stunde zu niedrig sei. Man rechnet, dem „Montag" zufolge, in Arbeitnehmerkreisen auch mit einer Ablehnung des Schiedsspruches durch die Arbeitgeber. Der Reichsarbeitsminister wird aber wahrscheinlich, weil er dadurch einen großen Arbeitskampf in der gesamten Metallindustrie vermeiden zu können glaubt, den Schiedsspruch, wenn der letzte Einigungsversuch am Montag scheitern sollte, für verbindlich erklären. Ferner wird gesagt, daß man im Reichsarbeitsministerium damit rechne, daß unter keinen Umständen, trotz der ablehnenden Haltung beider Parteien, die Arbeit in der gesamten Berliner Metallindustrie am Mittwoch vormittag wieder aufgenommen wird.

★

Schiedsspruch für das Buchdruckgewerbe.

= Berlin, 10. März. Der deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Das Zentralschlichtungsamt fällte gestern nacht einen Schiedsspruch, wonach der Spitzenlohn vom 1. April ab von 52,50 ℳ auf 56 ℳ je Woche erhöht wird. Erklärungsfrist für beide Parteien bis zum 17. März.

Kündigung des Lohnabkommens in der Rheinschiffahrt durch die Arbeitgeberverbände.

:: Duisburg, 10. März. Wie uns mitgeteilt wird, haben die Arbeitgeberverbände der Rheinschiffahrt das z. Z. bestehende Lohn- und Gehaltsabkommen zum 1. Mai dieses Jahres gekündigt und eine Herabsetzung der Löhne und Gehälter gefordert. Die Kündigung wird mit der katastrophalen Lage der deutschen Rheinschiffahrt begründet, deren Frachtsätze und Schlepplöhne noch unter dem Vorkriegsstand liegen, während die Selbstkosten erheblich gestiegen seien.

Aus Westdeutschland.

Die Verabschiedung des Kölner Haushaltplanes.

Köln, 9. März.

Nach den monatelangen Vorverhandlungen, Ausschußberatungen und Plänkeleien zwischen Wirtschaftskreisen und Stadtverwaltung war für heute abend der Endkampf um die Steuerpolitik im Spanischen Bau angesetzt. Selten haben die Vorschläge der Verwaltung in der Oeffentlichkeit soviel Widerstand gefunden wie in diesem Jahr. Oberbürgermeister Dr. Adenauer verwies zu Beginn der Sitzung auf seine ausführlichen Erklärungen im Finanzausschuß, auf seine Veröffentlichungen in der Presse und kritisierte von dem hierbei eingenommenen Standpunkt die Deckungsvorschläge des Zentrums und der Liberalen Arbeitsgemeinschaft. Seine Rede läßt sich dahin zusammenfassen, die Verwaltung wolle jetzt eine tragbare Erhöhung der Steuern, bei Annahme der Deckungsvorschläge der Opposition würde man später ein sprunghaftes Anschwellen der Steuern nicht vermeiden können. Diese Vorschläge bedeuteten nur eine Verschiebung auf die Zukunft, und er forderte die Versammlung auf, die Vorschläge der Opposition abzulehnen. Er vertrat seinen Standpunkt und die Vorlage der Verwaltung mit aller Tatkraft, und die Versammlung folgte seinen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit. Stadtverordneter Rings (Ztr.), einer der Wortführer der Opposition, trat dem Bürgermeister entgegen. Justizrat Dr. Kaiser (Lib. Arbeitsgemeinschaft) unterstützte die Stellung der Opposition. Bei der herrschenden Spannung blieb es nicht aus, daß es auch zu persönlichen Angriffen kam. Es ergab sich, daß wohl keine einzige Partei vorbehaltlos mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden war. Auch die Anzeichen des kommenden Wahlkampfes machten sich verschiedentlich in der Sitzung bemerkbar.

Nachdem der Oberbürgermeister noch den Wirtschaftsverbänden starke Vorwürfe wegen ihrer Finanz- und Steuerpolitik gemacht hatte, begann man gegen 10 Uhr 40 Minuten mit der langwierigen Abstimmung. Ueber 132 Anträge mußte abgestimmt werden, bevor man zu den eigentlichen Deckungsvorschlägen kam. Nur wenige von diesen Anträgen fanden eine Mehrheit. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Reichs- und Staatsregierung für nachstehende Forderungen einzutreten:

1. Die Ueberweisungen aus Einkommen- und Körperschaftssteuern werden von 75 auf 90 v. H. erhöht. Diese Mehrüberweisungen gehen restlos an die Gemeinden. 2. Der Verteilungsschlüssel wird zugunsten solcher Gemeinden, die mit sozialen Aufgaben besonders stark belastet sind, geändert. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einführung einer allgemeinen Wertzuwachssteuer zum 1. Juli 1928 und beauftragt die Verwaltung, baldestmöglich eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Der Fehlbetrag der Jahre 1925 und 1926 soll auf die Haushaltpläne der nächsten vier Jahre verteilt werden unter Außerachtlassung des Fehlbetrages für 1927. Weiter genehmigte die Stadtverordnetenversammlung die Einführung der Filialsteuer zum 1. April 1928. Dann unterbrach der Oberbürgermeister die Sitzung auf fünf bis zehn Minuten, um vor der Abstimmung über die endgültige Deckungsvorlage das Ergebnis der bisherigen Austimmung zahlenmäßig festzulegen. Nach dem Wiedereintritt in die Beratung verkündete der Oberbürgermeister, daß infolge der bis jetzt getätigten Abstimmungen ein Ueberschuß von 329 000 Mark zu erzielen sei. Nach dem Vorschlag des Oberbürgermeisters soll dieser Ueberschuß verwandt werden, um den für die Verzinsung des Fehlbetrags aus 1927 erforderlichen Betrag zu erhöhen. Der Oberbürgermeister erklärte weiter, daß infolge dieser Abstimmungen sein Antrag zur Steuerfestsetzung überflüssig geworden sei. Daraufhin wurde mit Stimmenmehrheit ein gemeinsamer Antrag der Liberalen Arbeitsgemeinschaft und des Zentrums angenommen, der folgendermaßen lautet:

„Die Versammlung genehmigt den Entwurf des Haushaltplans für 1928 mit den in der Veränderungsnachweisung enthaltenen Aenderungen und beschließt, daß zur Deckung des aus Gemeindesteuern in dem Haushalt sich ergebenden Fehlbetrages erhoben werden: A) ein Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer a) von 250 v. H. von den bebauten Grundstücken, b) von 225 v. H. von den unbebauten Grundstücken, ferner ein Sonderzuschlag von a) 28 v. H. bei Benutzung der Kehrichtabfuhr, b) 52 v. H. bei Benutzung der Straßenreinigung, c) 31 v. H. bei Benutzung des Kanals. B) An Zuschlägen zu Gewerbesteuergrundbeträgen a) von 525 v. H. vom Gewerbeertrag, b) von 1275 v. H. vom Gewerbekapital — Bei einem umlagefähigen Soll der Gewerbesteuergrundbeträge vom Ertrag von 2 296 190 Mark und vom Gewerbekapital von 300 000 Mark beträgt die durchschnittliche Belastung der Gewerbesteuer 611,63 v. H. und bei einem umlagefähigen Soll der staatlichen Grundvermögensteuer von 5 400 000 Mark beträgt die durchschnittliche Belastung sämtlicher Realsteuern 367,44 v. H. — Bei den Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmern, die in Köln, ohne dort selbst ihren Hauptsitz zu haben, Betriebsstätten unterhalten, wird gemäß Paragraph 43 der Gewerbesteuerverordnung der Zuschlag zu den Steuergrundbeträgen, dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital um ein Fünftel erhöht."

★

Münster, 9. März. In der Herberge herrscht Ordnung. Daß insbesondere in den Herbergen zur Heimat, die als soziale Einrichtungen in allen Städten anzutreffen sind, auf Ordnung gesehen werden muß, leuchtete dem Arbeiter Johann Fleiters, der sich in einer hiesigen Herberge als Logiergast gemeldet hatte, nicht ein. Er benahm sich gegen den Herbergsvater flegelhaft und suchte eine Schlägerei hervorzurufen. Der Aufforderung, das Heim zu verlassen, kam er nicht nach, so daß er gewaltsam entfernt werden mußte. Es wurde gegen ihn deshalb Strafantrag gestellt, und das Schöffengericht verurteilte ihn nun, zum warnenden Beispiel für alle, die sich auf der Herberge nicht benehmen können, zu einer Gefängnisstrafe von fünf Wochen.

+ Münster, 8. März. **Die Hyänen der Großstadt.** In der Nacht zum 15. August vorigen Jahres wurde der Monteur Bispinghoff von einem Mädchen, mit dem er früher einmal in seinem Schlafzimmer war, auf der Südstraße, in der Nähe der Augustenburg, angehalten und zur Herausgabe von 5 Mark aufgefordert. Als der Monteur sich weigerte, stürzte sich der Begleiter des Mädchens, der Bauarbeiter Johann Ahlbrand auf den Monteur, schlug ihn und entriß ihm die Brieftasche, in der sich in dieser Nacht nur Ausweispapiere befanden. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen floh Ahlbrand und seine abseits stehenden Begleiter. Die Ausweispapiere erhielt der Monteur einige Tage nach dem Ueberfall zurückgesandt. Ein gegen Ahlbrand wegen Straßenraubes eingeleitetes Verfahren endete mit seiner Verurteilung zu 1½ Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. A. wurde sofort in Haft genommen.

Bocholt, 11. März. **Brand.** Heute morgen entstand in der Weberei Hern u. Löwenstein, Friesenstraße, ein Brand, dem Stoffe im Werte von 1000 Mark zum Opfer fielen. Die Feuerwehr wurde sofort alarmiert und konnte das Feuer gegen 10 Uhr löschen.

+ Tecklenburg, 8. März. **Verdünnter Schnaps.** Gelegentlich einer Revision stellten Zollbeamte bei dem Gastwirt Friedrich Hölscher aus Lengerich Schnaps mit 33—34 Prozent Alkohol fest, der nach den gesetzlichen Bestimmungen mindestens 35 Prozent Alkohol haben mußte. Für diesen Verstoß gegen das Branntweinmonopolgesetz wurden der Gastwirt Hölscher und der Arbeiter Friedrich Außmeier aus Lengerich verantwortlich gemacht. H. erhielt vom münsterischen Schöffengericht 20 Mark, A. 30 Mark Geldstrafe. Der beschlagnahmte Trinkbranntwein wurde eingezogen.

Erlenschwick, 11. März. **Beerdigung des 13. Toten.** Heute um 16 Uhr fand die Beerdigung des 13. Todesopfers der Zeche „Ewald Fortsetzung", des Kohlenhauers Huthwölker, statt. Etwa tausend Menschen gaben ihm das letzte Geleit. Am geschmückten Grab zeichnete Pfarrer Fischer das Lebensbild des Verstorbenen, des 32jährigen jungen Ehegatten und Vaters, dessen Tod Frau und zwei unversorgte Kinder beklagen.

⊠ Gelsenkirchen, 10. März. **Oberbürgermeister von Wedelstaedt kommissarischer Verwalter der drei vereinigten Städte.** Der bisherige Gelsenkirchener Oberbürgermeister wird, wie wir hören, vom preußischen Innenminister beauftragt werden, die kommissarische Verwaltung der drei vereinigten Städte Gelsenkirchen, Buer und Horst zu übernehmen. Außerdem soll ihm ein aus den drei Verwaltungen gebildeter Ausschuß zur Seite stehen. Die dringendste und erste Aufgabe ist jetzt, den im Hinblick auf die bevorstehende Zusammenschließung verzögerten Haushaltsplan aufzustellen Die Wahlen, die bis zum 1. Juli ds. Js. stattfinden müssen, haben einstweilen noch Zeit, doch treffen die politischen Parteien schon jetzt alle Maßnahmen, um möglichst schnell ein arbeitsfähiges Parlament zusammenzubringen. Die neue Stadt Gelsenkirchen-Buer zählt jetzt 341 000 Einwohner und hat einen Gebietsumfang von 10 533 ha.

)!(Hagen (Westf.), 10. März. **Tulpen.** Einunddasselbe Wort kann je nach dem Menschen, zu dem es gesprochen, oder nach der Umgebung, in der es gesagt wurde, ganz verschiedenartige Begriffe auslösen. Das führt dann mitunter zu einer ergötzlichen Verwechslung. So sollte hier ein Bankbeamter seiner Frau etwas Erfreuliches mitbringen, das diese wiederum einer guten Freudin zum Geburtstag schenken wollte. Und zwar einigte man sich auf Tulpen. Er gab im Geschäft einem Lehrling den Auftrag zum Einholen von drei hellen und drei dunklen Tulpen. Der Befehl wurde auch treu ausgeführt, jedoch anders als im gedachten Sinne. Ahnungslos setzte unser Lehrjunge drei helle und drei dunkle — Tulpen allerdings, aber Bier auf den großen Bürotisch, natürlich unter allgemeinem Hallo der Beamten. Zum Glück hatte der Auftraggeber Verständnis für eine solche Ideenassoziation eines Lehrlingsgehirns und spendierte seinen Kollegen und Kolleginnen die „Tulpen".

÷ Millspe, 10. März. **Der Kopf gespalten.** Im Betrieb einer hiesigen Firma hatte ein 17jähriger Lehrjunge das Mißgeschick, unter einen Lastenaufzug zu geraten. Dabei wurde dem Jungen der Kopf buchstäblich gespalten. Der Tod trat auf der Stelle ein.

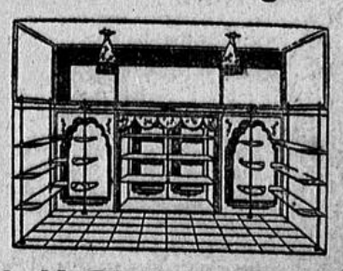
:: Büderich, 10. März. **Mit dem gestohlenen Auto in einen Bach.** Ein Personenkraftwagen wurde am Donnerstagabend einem Neußer Arzt aus einem Autopark gestohlen. Der Dieb fuhr jedoch mit dem Auto gegen das Schutzgeländer der über den Stinkesbach führenden Brücke. Der Wagen überschlug sich und geriet teilweise in das Wasser. Der oder die Insassen können von Glück sprechen, daß sie ohne ernstliche Verletzungen davongekommen sind. Man ist vermutlich durch die zertrümmerte Seitenscheibe aus dem Wagen herausgekommen. Von dem Dieb fehlt bisher noch jede Spur.

Gebrauchte Automobile!



Wir verfügen laufend über große Bestände gebrauchter
Personen- und Lastwagen
in allen Ausführungen und Preislagen, deren Abgabe zu günstigen Bedingungen erfolgt. Versäumen Sie nicht, unsere Offerte einzuholen.
Focke & Co., Automobile, Münster
Telephon 3132—3134. d4369

Schaufensterbau Ladeneinrichtungen



L. H. Christenhusz
Spezial-Fabrik **Münster i. W.**
Fernr. 760, Goldstr. 1, (am Hörsterplatz)
Verlangen Sie kostenlos Vertreterbesuch.

Vertretungen
in den Reg.-Bez. Münster und Osnabrück für einen konkurrenzlosen Massenartikel der Autobranche sind zu vergeben. Herren u. Firmen, die in Automobilkreisen gut eingeführt sind und über Barmittel verfügen, belieben sich unter V 2904 an die Ann.-Exp. E. Wendel G. m. b. H., Münster i. Westf. zu wenden. d4618

Suche zum 1. April ein durchaus tücht. zuverl.
Mädchen
für Haus-, Küchen- und etw. Gartenarbeit. Guter Lohn u. famil. Behandlung zugesichert. d1807
Angeb. unt. C 187 an die Telgter Morgenpost in Telgte i. W.

Fast neue
Ladeneinrichtung
geeignet für Spezialgeschäft
preiswert zu verkaufen.
Derx & Co., Münster i. W.

Für unsern „Spiel und Sport"

Um die Westdeutsche Meisterschaft

F. C. Schalke 04 — Hagen 1872 2:0.

Gladbeck, 11. März.

Die beiden Meister aus dem Ruhrbezirk bzw. Südwestfalen lieferten sich in dem neuerbauten, herrlich gelegenen Gladbecker Stadion vor zirka 10 000 Zuschauern ein Spiel, das von beiden Seiten Leistungen brachte, die das Niveau eines Meisterspieles bestimmt nicht erreichten. Vornehmlich von Seiten der Schalker hatte man bestimmt mehr erwartet und Schalke selbst dürfte wohl davon überzeugt sein, daß mit solchen Leistungen die Westdeutsche Meisterschaft nicht errungen werden kann. Wenn die Schalker auch technisch bedeutend überlegen waren, so ersetzte Hagen diesen Nachteil durch einen Rieseneifer und zähen Siegeswillen, der bei Schalke eigentlich nur periodenweise festzustellen war. Der Sieg der Schalker ist zwar vollauf verdient, wenn man auch den Südwestfalen in Anbetracht ihres aufopfernden Spieles gern den Ehrentreffer gegönnt hätte. Bei Schalke gefiel eigentlich nur Kuzorra und Czepan, während der für Huppertz als Ersatz eingestellte Kampmann nur in der 2 Halbzeit befriedigte. In der Läuferreihe war Jatzek und in der Verteidigung Student gut, wie auch Sobottka seine Schuldigkeit vollauf tat. Der überragende Mann bei Hagen war der Torhüter, der in erster Linie für das ehrenvolle Ergebnis verantwortlich zeichnet. Außerdem gefiel auch noch sehr gut der Rechtsaußen Thels, der mit seinen gefährlichen Flankenläufen das Schalker Tor fast ständig in Gefahr brachte. Der Schiedsrichter Daheim-Duisburg war gut.

Hagen hat Anstoß und dank der außerordentlichen Schnelligkeit spielen sie in den ersten Minuten stark überlegen. Kritische Momente spielen sich vor dem Schalker Tor ab und mehr als einmal muß Sobottka eingreifen. Allmählich findet sich dann auch Schalke, erzwingt die erste Ecke, die aber nichts einbringt. Kurz darauf schießt Kuzorra einen Bombenschuß hart neben den Pfosten. Das Spiel bewegt sich jetzt meist im Mittelfelde, wird zeitweise sogar sehr uninteressant. Lediglich Kuzorra brennt einmal durch, leitet geschickt an Rothbarth, aber im letzten Moment vermag Hagen die Gefahr zu beseitigen. Im Gegenstoß jagt Hagens Mittelstürmer aus aussichtsreicher Position hoch über das Schalker Tor. Dann rettet Hagens Hüter glänzend. In der 22. Minute abermals eine Ecke für Schalke und in Gedränge kann der Rechtsaußen zum ersten Treffer einsenden. Schalke spielt bis zur Pause dann überlegen, aber der Sturm spielt zu energielos, um noch Erfolge zu ernten. Nach der Pause wird das Spiel der Schalker dann etwas besser. Hagen ist außerordentlich eifrig und eine Ecke für Hagen lenkt der Halbrechte nur knapp über die Latte. In der weiteren Folge flaut das Spiel wieder ab. In der 30. Minute flankt Kamm-mann zur Mitte. Czepan nimmt an und sendet unhaltbar ein. Der Endspurt der Schalker bringt ihnen zwar zwei Ecken, jedoch wird an dem Ergebnis nichts mehr geändert.

Köln-Sülz 07 — Borussia Rheine 6:2.

Köln, 11. März.

Die Westfalen erscheinen in komvletter Aufstellung, während Sülz für seinen bewährten Mittelläufer Gausenpohl Ersatz einstellen mußte. An seiner Stelle betätigte sich Kerb, der aber seinen Vorgänger bei weitem nicht erreichte Der Sieg der Kölner selbst in dieser Höhe ist vollauf verdient. Der Sturm, geführt von dem bekannten Mittelstürmer Swatosch, zeigte verschiedentlich recht gute Leistungen, da sich die Nebenleute dem vorzüglichen Spiel des Sturmführers ausgezeichnet anpaßten. Wider Erwarten schwach war dagegen bei den Kölnern die Läuferreihe, wo sich das Fehlen Gausenpohls stark bemerkbar machte. Das Zu- und Abspiel der Läufer war äußerst ungenau und hierauf ist es zurückzuführen, daß der Sieg der Kölner nicht noch höher ausgefallen ist. Sülz beherrschte vollkommen und zu jeder Zeit die Lage, der gefürchtete Sturm der Borusse wurde trotz des Versagens der Kölner Läuferreihe von dem Schlußtrio der Kölner glatt gehalten. Bei Rheine befriedigten eigentlich nur die beiden Außenstürmer, die äußerst schnell und sehr schußkräftig waren. Sonst tat sich aus der Mannschaft niemand hervor, wie auch Spielaufbau und Spielverständnis noch sehr primitiver Natur waren. Eine sehr gute Leistung bot der Schiedsrichter, dem allerdings von beiden Mannschaften sein Amt nicht erschwert wurde. Zuschauer etwa 8 000.

Gleich vom Anstoß an zeigt sich die technische und taktische Ueberlegenheit der Domstädter. In ausgezeichneter Kombination vorgetragene Angriffe des Kölner Sturmes vermag Rheines Hintermannschaft vorläufig noch abzuschlagen, aber in der 16. Minute muß sich Rheines Hüter durch den Halblinken Zarges zum 1 mal geschlagen bekennen. Obwohl Köln weiterhin stark überlegen ist, fallen vorerst jedoch keine weiteren Tore, da Rheines Verteidigung aufopfernd abwehrt. Ueberraschend kommt dagegen Rheine infolge schwacher Leistung des Kölner linken Läufers in der 35. Minute zum Ausgleich. Rheines vorzüglicher Rechtsaußen geht mit einer Vorlage dem Kölner Läufer auf und davon, flankt zur Mitte, wo der heranstürmende Halblinke nach kurzem Gedränge zum Ausgleich einsenden kann. Jetzt dreht Köln aber Volldampf auf und schon eine Minute später erzielt der Halbrechte Pelzer für Köln den 2. Treffer und damit abermals die Führung. Der Rest der 1. Halbzeit steht vollkommen im Zeichen der Kölner und in Abständen von je 5 Minuten erhöhen Zarges und Swatosch durch je ein Tor das Halbzeitergebnis auf 4:1. Ein Abseitstor Pelzers wurde nicht anerkannt. Der Beginn der 2. Halbzeit zeigt deutlich wieder die Ueberlegenheit der Kölner, die schon nach 2 Minuten auf 5:1 erhöhen. Nachdem Pelzer dann wieder einmal ein Abseitstor getreten hatte, erzielt Rheine in der 14. Minute, abermals aus einer Flanke des Rechtsaußen wiederum durch den Halblinken durch Kopfstoß ein 2 Tor Köln läßt jetzt nach, spielt offensichtlich verhalten und schont sich. Das Spiel flaut merklich ab und wird nur in seiner einseitigen Ueberlegenheit der Kölner in der 34. Minute durch ein 6. Tor Pelzers unterbrochen. Der Rest des Spieles steht ebenfalls ganz im Zeichen der Kölner, die aber sich mit dem Ergebnis vollkommen zufrieden geben.

In Krefeld: Preußen Krefeld — Kurhessen-Kassel 2:1.

★

Deutschland — Luxemburg 6:0.

Aachen, 11. März.

Der Luxemburger Länderelf wurde am Sonntag in der alten Krönungsstadt Aachen ein prunkvoller und überaus herzlicher Empfang zuteil. Die Stadtvertretungen und die Verbandsbehörden wetteiferten miteinander, auch auf fußballsportlichem Gebiete die alte Freundschaft wieder wachzurufen, die lange Zeit geschlummert hatte. Mit der Vertretung der deutschen Farben war die westdeutsche Verbandsmannschaft betraut worden, die sich ihrer Aufgabe all en pessimistischen Voraussagen zum Trotz glänzend entledigte. Allerdings muß man hierbei sofort feststellen, daß die Mannschaft der Gäste technisch noch reichlich schwach war und spielerisch sich den Deutschen in keiner Weise gewachsen zeigte Für die grün-weißen Farben war dieser Sieg also ein billiger Triumph.

Charakteristisch für den Spielverlauf der ersten Halbzeit ist, daß der westdeutsche Torwart Zolper erst nach 25 Minuten ernstlich einzugreifen brauchte. Schon gleich übernahmen die Westdeutschen das Kommando und gingen in der 4. Minute durch Euler, der eine Vorlage von Behr verwandelte, in Führung. Behr schoß dann in der 12. Minute nach guter Kombination des Wirtz den 2. Treffer. Nun kamen die Gäste etwas auf, ohne aber irgendwie gefährlich zu werden. Wirtz nahm in der 33. Minute einen Strafstoß von Behr mit dem Kopfe an und bugsierte das Leder unhaltbar ins Netz. Derselbe Spieler konnte dann 4 Minuten vor der Pause durch schönen Flachschuß das 4. Tor erzielen

In der 2. Spielhälfte wurde Zolper verschiedentlich zum Eingreifen gezwungen, denn die Luxemburger spielten jetzt wesentlich besser, was vor allen Dingen auf das Nachlassen der westdeutschen Läuferreihe zurückzuführen ist. Es dauerte denn auch geraume Zeit, bis Wirtz einen 5 Treffer anbrachte, um dann noch wenige Minuten vor Schluß mit kraftvollem Schuß das Endergebnis herzustellen.

Die Luxemburger Mannschaft war für die Westdeutschen kein ebenbürtiger Gegner, wenigstens nicht in der ersten Halbzeit. Nachher stellte sie sich taktisch recht geschickt auf das Spiel der Grün-Weißen ein. Der Torwart hielt einige unmögliche Bälle, ist aber trotzdem an zwei Toren der Westdeutschen nicht schuldlos. Die Verteidigung spielte in der ersten Halbzeit kopflos, wurde später aber zusehends besser. Sehr schwach war die Läuferreihe, die den westdeutschen Sturm kaum zu halten vermochte. Im Angriff versagte der rechte Flügel vollkommen, gut war nur der Mittelstürmer, während die Leistungen der linken Flanke einigermaßen angingen.

★

Ruhrbezirk.

Gruppe A.

Preußen Essen — Essen 99 0:0.

Privatspiele.

Erle 08 — V. f. B. Remscheid 5:1.
Union Gelsenk. — Stadtm. Wattenscheid 0:1.
S. u. S. Schalke 1896 — Werder Hannover 3:2.
Essen-West 81 — Germania Bochum 1:3.
Buer 07 — Westfalia Schwerlebeck 7:1.

Bergisch-Märkischer Bezirk.

1. Entscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft.
Schwarz-Weiß Barmen — Fort. Düsseldorf 3:2.

Gruppe A.

Preußen Essen — Essen 99 0:0.

Privatspiele.

Erle 08 — V. f. B. Remscheid 5:1.
Union Gelsenk. — Stadtm. Wattenscheid 0:1.
S. u. S. Schalke 1896 — Werder Hannover 3:2.
Essen-West 81 — Germania Bochum 1:3.
Buer 07 — Westfalia Schwerlebeck 7:1.

Bergisch-Märkischer Bezirk.

1. Entscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft.
Schwarz-Weiß Barmen — Fortuna Düsseldorf 3:2.

Gruppe A.

Viktoria Düsseldorf — Sp. Vgg. Gräfrath 1:1.

Gruppe B.

Eller 04 — Turn Düsseldorf 4:3.

Privatspiele.

Ratingen 04 — S. u. S. Barmen 2:3.
V. f. L. Benrath — S. C. Sonnborn 3:2.
Schwarz-Weiß Düsseldorf — Gerresheim 08 1:2.
Solingen 95 — Gelsenkirchen 07 1:5.
V. V. 04 Düsseldorf — M. V. V. Linden 1:3
Düsseldorf 99 — V. f. R. Köln 0:0.

★

Westfalenbezirk.

Ortsrivalen als Abstiegkandidaten.

Münster, 11. März.

V. f. L. Osnabrück — Osnabrück 06 4:1 (2:1).

Auf dem Platze am Hohenzollernring standen sich die Abstiegskandidaten V. f. L. Osnabrück und Osnabrück 06 gegenüber. V. f. L. Osnabrück trat mit vielen Leuten an, die dem Fußball schon Lebewohl gesagt hatten. 06 mußte wegen Disqualifikation der ersten Mannschaft mit der zweiten Mannschaft antreten, die sehr gut zu kämpfen verstand. Das Spiel stand nicht gerade auf einer besonderen spieltechnischen Höhe. System hatte keine der beiden Mannschaften Die Kombination im Sturm ließ auf beiden Seiten zu wünschen übrig, jedoch wurde das Zuspiel im VfL-Sturm nach der Halbzeit erheblich besser. Die Läuferreihen waren sich gleichwertig. Beide spielten aufopfernd. Die Verteidigungen waren nicht gerade ein unüberwindbares Bollwerk. Bei geschicktem Durchspiel waren sie machtlos, so daß die Torwächter, die gute Leistungen boten, dauernd rettend eingreifen mußten.

Der Spielverlauf war folgender: Sofort nach Anstoß kombiniert V. f. L. sich gut durch, aber ohne viel zu erreichen. In der neunten Minute verwandelt dann nach raschem Vorstoß der Halblinke VfL.s eine Flanke von rechts mit dem Kopf. Die 06er erzielen nicht mehr als Ecken, trotzdem sie oft gut durchkommen. Ein Strafstoß für V. f. L. setzt sogar gut durchs Tor, doch kann der Torwart den Ball noch eben aus dem folgenden Gedränge herausfischen. Einige Minuten danach verwandelt der Rechtsinnen VfL.s einen Freiwurf, den er direkt aufnimmt zu einem schönen Tor. Alle noch so geschickten Durchbrüche und Kombinationen der 06er sind erfolglos, bis ihnen schließlich kurz vor Halbzeit ein Tor gelingt. Einen flachen Ball von links kann der Torwart nur schwach abwehren, die nachsetzenden Stürmer besorgen das Nötige.

Kurz nach Halbzeit scheinen die 06er warm zu werden, und fast sah es nach einem Ausgleich aus, aber immer in den letzten entscheidenden Augenblicken fehlte Energie und Geschicklichkeit. Einige Strafstöße direkt vor dem Strafraum werden scharf getreten, aber daneben. Der Rechtaußen VfL.s macht infolge einer Beinverletzung nicht mehr mit, er spielte den Statisten, aber die Kombinationen leidet nicht im geringsten dadurch, im Gegenteil. Die Stürmer behindern sich nicht, wie das so gewöhnlich im Innensturm der Fall ist. Die Vorlagen kommen steiler, wie das für schnelle Leute, deren Hauptwaffe die Schießkraft ist, wie bei Seeger und Strubbe, nur erfolgreich ist. Strubbe spielt übrigens gut, er war wohl der beste Mann auf dem Felde. Seine Waffen waren Schnelligkeit und gute Vorlagen Seeger kann so auch eine Vorlage von ihm prächtig verwandeln. Ein Alleingang Strubbers endete leider damit, daß der Ball an die Pfosten sauste, ein Tor war die Leistung wert. Aber er holte es sehr gut nach. Eine scharfe Vorlage von links kann er nur knapp erreichen, aber mit Bravour holt er den Ball herum. Der niedersausende Torwart kam aber zu spät. 4:1. Aber trotz alledem gibt 06 das Rennen nicht auf, alle Achtung. Noch kurz vor Schluß schafft der Sturm einige brenzliche Situationen vor dem VfL-Tor, aber auch nur das, mehr nicht. Ebenso ist es auf der Gegenseite. Mit 4:1 verlassen die Kandidaten den Platz, ihn den schon frösteln den Hockenspielern überlassend. Der Schiedsrichter leitete einwandfrei. Die Zahl der Zuschauer war der Bedeutung des Spieles angemessen.

★

Preußen Borghorst — Spielverein Emsdetten 2:1.
Borghorst Ligareserve Gronau 0:1.
BV. 09 Hamm — Union Recklinghausen 1:4.

Privat.

Arminia Bielefeld — Sp. Vgg. Oberhausen 0:1.
Sp. Vgg. Herten 1911 — Hammer Sp. Vgg. 4:1.
Greven 09 — Greven 1919 3:2.
V. f. B. Bielefeld — Sp. Vgg. 06/07 Bielefeld 3:1
Westfalia Ahlen — V. V. Beek 04.

Niederrheinbezirk.

Privatspiele.

Duisburger S. V. — Hannover 96 4:1.
Duisburg 08 — Schwarz-Weiß Essen 1:0.
V. f. v. B. Ruhrort — V. V. Altenessen 1:1.
Meiderich 06 — Meidericher S. V. 2:4.

Südwestfalenbezirk.

Aufstiegspiele.

Germania Neheim — Gevelsberg 08 0:2.
Gevelsberg-Lichtenplatz — V. V. 07 Siegen 0:2.

Privat.

V. f. B. Weidenau — Preußen Duisburg 4:3.
Hagen 1911 — Alemannia Dortmund 6:0.

Rheinbezirk.

Aufstiegspiele.

Köln 99 — S. V. Waldhausen 0:0.
Dohr — Berheim 4:4.

Privat.

Borussia M.-Gladbach — Düren 03 1:3.
Rheindter S. V. — S. C. M.-Gladbach 1:3.
Bonner F. V. — Mülheimer S. V. 1:4.
S. C. Marienburg — S. V. Godesberg 1:4.
V. f. R. Köln — Kölner V. C. 7:0.
Odenkirchen 07 — Lürrip 1:2.

Bezirk Hessen-Hannover.

Aufstiegspiel.

V. V. Kassel — Hessen Hersfeld 3:1.

20. Berliner Sechstagerennen.

Carpus und Lonet ausgeschieden. — Van Kempen-Richli in Front.

Berlin, 11. März.

Vor der Zwei-Uhrwertung in der Sonnabendnacht wurden nach amerikanischem Muster eine große Zahl von Verlustrunden kampflos zurückgewonnen. Das Rennen verlief bis zur Sonnabendnachmittags-wertung ziemlich eintönig. Beim zweiten Spurt der 4,30 Uhr-Wertung entfesselten Linari und Richli eine Jagd, die den Stand des Rennens entscheidend veränderte. Im Verlaufe der Jagd gelang es der hervorragend fahrenden Mannschaft van Kempen-Richli, zu dem Spitzenpaar Ehmer-Kroschel aufzurücken. Bei dieser Jagd hielten sich die Mannschaften Wambst-Lacquehay und Ehmer-Kroschel noch am besten. Nach 43 Stunden hatte die Spitzengruppe 1 107,320 Kilometer zurückgelegt. Der Stand des Rennens nach der Nachmittagswertung war folgender:

1. van Kempen-Richli 99 Punkte.
2. Ehmer-Kroschel 45 Punkte.
   Eine Runde zurück:
3. Tietz-Rieger 70 Punkte.
   Zwei Runden zurück:
4. Wambst-Lacquehay 16 Punkte.
   Drei Runden zurück:
5. Tonani-Dinale 60 Punkte.
6. Dempsey-Frankenstein 48 Punkte.
7. Bestrendt-Maczynski 48 Punkte.
8. Rausch-Hürtgen 18 Punkte.
   Vier Runden zurück:
9. Linari-Lorenz 50 Punkte.
   Fünf Runden zurück:
10. Miethe-Buschenhagen 18 Punkte.
    Acht Runden zurück:
11. Goris-Duray 69 Punkte.
12. Dewolf-Goebel 62 Punkte.
    Ersatzmann Brunier.

Schmelings Wiederaufstieg.

Dortmund, 12. März.

Der Dortmunder Ring ist für Schmelings Laufbahn von entscheidender Bedeutung. Hier holte er sich als erster Deutscher den Titel eines Europameisters im Berufsboxsport, hier erlebte er auch nach einer, nur unglücklichen Umständen zuzuschreibenden k. o.-Niederlage seine Wiederauferstehung. Daß Max Schmeling der schweren Begegnung mit dem berühmten Ted Moore nicht auswich, das war schon das sicherste Zeichen für den ungebrochenen Kampfesmut, für das nicht ins Wanken gekommene Selbstvertrauen des Europameisters. Ted Moore, der dem Aeußeren nach stark an Haymann erinnert, war sicherlich der gefährlichste und ausgekochteste Gegner, dem Schmeling bisher in seiner Laufbahn begegnet ist. Maxe hatte allerhand zu tun, ehe er sich auf den wendigen, immer tänzelnden Gegner, der sich nie erwischen läßt, einstellen konnte. In der ersten Runde, die Todd mit unheimlichem Tempo beginnt, ist Schmeling im Nachteil. Erst von der dritten Runde an zeigt sich der Europameister auf der Höhe der Situation. Er schickte immer und immer wieder seine Linke vor, um im gegebenen Moment seine Rechte abzufeuern. Nur ganz selten kam er dazu, immer wich der Engländer aus. Und wenn Schmeling landete, dann war Ted Moore nur für einen Bruchteil der Sekunde benommen. Die große Härte des Engländers veranlaßte Schmeling denn auch, sich nie voll auszugeben, sondern immer auf Deckung zu achten. Dadurch verhielt er sich auch oft sehr zögernd und riskierte nicht alles. Gibsy Daniels war zweifelsohne eine gute Lehre für ihn. Ted Moores Nahkampf war erstklassig. Hierin war ihm Schmeling, der sich zu sehr mit ihm im Nahkampf einließ, unterlegen. Max Schmelings Punktsieg war klar und entspricht voll dem Kampfverlauf. Schmeling verließ in glänzender Verfassung den Ring, während der in 200 Schlachten erprobte Engländer sichtlich mitgenommen war. Moore verlangte nach dem Kampf Revanche, die ihm Schmeling bereitwilligst gewährte. Das Publikum war mit dem Verlauf des abwechslungsreichen Kampfes sehr zufrieden.

Die dem Hauptkampf vorhergegangenen Kämpfe brachten durchweg schönen Sport. Eine ungemein harte Schlacht war die Begegnung Alf Bright — Nösemann. Nach zwei wilden Runden konnte der deutsche k. o.-König bei dem Engländer, der nach seinen Trainingsleistungen etwas enttäuschte, gut landen. Ein rechter Kinnhaken brachte den riesigen Engländer nach vorangegangenem schweren Leberhaken für die Zeit auf die Bretter. Die Begeisterung des Publikums kannte hier keine Grenzen. Nösemann, der sich besonders links verbessert hat, wurde stark gefeiert.

Etwas enttäuscht hat der Kampf Roland Todd gegen Alonzo (Dortmund). Der Engländer zeigte sich wenig angriffsfreudig, sondern kämpfte nur defensiv. Alonzo führte den Kampf über alle Runden und versuchte immer wieder, dem Engländer beizukommen, doch die blendende Deckung war schwer zu durchbrechen. Der Punktsieg Alonzos entspricht dem Verlauf des Kampfes, der das Publikum nicht hinreißen konnte, obgleich es einige boxsportliche Delikatessen zu sehen gab.

Die beiden neuen Dortmunder Berufsboxer führten sich glänzend ein. Blazejeck kam gegen Bolze-Duisburg zwar nur zu einem Unentschieden, kämpfte aber sehr beherzt, sodaß bei etwas mehr Routine Siege nicht ausbleiben werden. — Beachtenswert war der Sieg des Dortmunders Eder über Exmeister Ensel. Eder landete soviel klare Treffer, daß ihm ein knapper, aber verdienter Punktsieg zustand. Für Ensel, der an einer Fußverletzung laborierte, war die Distanz von 4 Runden vielleicht etwas zu kurz. In technischer Beziehung konnte Eder von seinem Gegner noch viel lernen.

★

Die Kämpfe:

Max Schmeling, Deutschland (81,3 Kg.)
gegen Tedd Moore, England (77,3 Kg.)

Moore stürzt sich auf seinen Gegner und sucht sofort den Nahkampf und ist schneller; Schm. kann dann einige Stopper sehr gut landen. Ohne besondere Vorteile geht es bis zur dritten Runde. In der folgenden ist Schm., der sich dem Gegner angepaßt hat, schon genauer und Moore nimmt mehrere links-rechts-Haken zum Kinn. Eine Verwarnung für Moore wird gegeben, doch war dieselbe nicht ganz angebracht, da in England das Schlagen von hinten erlaubt ist. Die fünfte Runde ist sehr hoch für Schmeling. Hart muß Moore nehmen und ist fast groggy, kommt aber vermöge seiner großen Cleverneß über die Runde. Dann trifft Schmeling zweimal genau die Ohrmuschel mit Wirkung und gleich ist Moore wieder im Nahkampf. In der siebten Runde landen beide abwechselnd rechts-links, Schmeling dominiert weiter, fintiert seinen Gegner, um oben Platz zu schaffen für seinen Rechten, doch so leicht ist Moore nicht aus der Fassung zu bringen, er ist stets mit „Kopf" bei der Sache. In der letzten Runde will Schm., vom Publikum angefeuert, unter allen Umständen eine Entscheidung herbeiführen, aber bei dem mit allen Wassern gewaschenen Engländer ist nichts Klares mehr anzubringen. Schmeling brachte heute eine ganze Portion Vorsicht mit in den Ring. Wenn er den erstklassigen Moore auch nur nach Punkten schlagen konnte, so bewies er damit, daß er die Frankfurter k. o.-Niederlage überwunden und sein Selbstvertrauen wiedergefunden hat. Ueber Beifall des Publikums konnten sich beide Kämpfer nicht beklagen.

R. Todd, Engl. (76,8 kg) — E. Alonzo, Dortm. (75,4 kg).

Die erste Runde beginnt auf beiden Seiten sehr vorsichtig. Todd sticht linke Gerade, wird aber von Alonzo gut gekontert. In der zweiten und dritten Runde gibts fast dauernd nur Nahkampfarbeit ohne Vorteile einer Partei. Mit aller Raffinesse versucht Alonzo die Deckung Todd's zu durchbrechen, doch der Engländer ist äußerst wachsam. In den nächsten Runden ist Alonzo fast dauernd leicht im Angriff und besonders in der 8. und 9. Runde muß der Engländer bedeutend mehr nehmen, als er geben kann. Nicht ein einzigesmal konnte sich Todd während des ganzen Kampfes zu einer entscheidenden Aktion aufraffen, dagegen war Alonzo stets hinter seinem Gegner her, konnte ihn gelegentlich erwischen, aber nie ernstlich gefährden. Von dem Engländer hatte man mehr erwartet, denn nur im Nahkampf hielt er gut mit, dagegen schien er seine Rechte nicht mitgebracht zu haben. Alonzos Punktsieg war durchaus gerecht.

Handball.

V. f. L. Münster endgültig Westfalenmeister.

Im Protestspiel in Hamm wird V. f. B. Bielefeld von dem V. f. L. J.-R. II/18 Münster verdient 2:0 geschlagen.

Hamm, 11. März.

Statt in Münster gegen Kurhessen Kassel das erste Spiel um die Westdeutsche Handballmeisterschaft austragen zu können, mußte der V. f. L. Münster, der nach dem vielbejubelten aber schweren Siege gegen die V. f. B. Bielefeld schon als Westfalenmeister angesehen wurde, auf den anerkannten Protest des V. f. B. Bielefeld nochmals zu einem Entscheidungsspiel in Hamm antreten. Aber wiederum wie vor kurzem, bewiesen die Münsteraner daß nicht der vorjährige Westfalenmeister V. f. B. Bielefeld als der diesjährige beste Vertreter des westfälischen Handballsportes anzusprechen ist, sondern daß der V. f. L. Münster als die beste Elf bezeichnet werden muß. Wiederum gelang es der münsterischen Mannschaft, nach einem harten und besonders schnell durchgeführten Kampfe verdient die Oberhand zu behalten und damit hoffentlich nunmehr endgültig den diesjährigen Titel eines Westfälischen Handballmeisters nach der Provinzialhauptstadt zu entführen.